

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanisch in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, — ohne Bestellgeb. bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigesetzte Postzeile oder deren Raum 15 G. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Streiks und politische Arbeiterpartei. Zur Belehrungsfrage — Wirtschaftlich-soziale Kündbahn. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der Vorstand des Verbandes der Maurerarbeiter und Berufsgenossen. Aus dem Schweiz. — Die amerikanische Arbeiter-Union. — Situationsberichte. — Eingesandt. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefstunden.

## Streiks und politische Arbeiterpartei.

Einer der hauptsächlichsten Vorwürfe, den die bürgerlichen Parteien von jeher gegen die Arbeiterkoalition erhoben, geht veranlaßt dahin, derselbe sei es prinzipiell vor allen Dingen um die Anhängerung von Streiks zu thun. Die Arbeiterpresse hat schon oft die Haltlosigkeit dieses Vorwurfs dargehalten und betont, daß die wirtschaftlich und politisch aufgelaerten Arbeiter recht gut wissen, daß durch Streiks die Lage der Arbeiterklasse nicht gebessert, die soziale Frage nicht gelöst wird. Auch wir haben uns in denselben Sinne oft genug ausgesprochen. Es darf uns wohl gestattet sein, einige der wesentlichsten unserer früheren Darlegungen hier kurz zusammengefaßt wieder zu geben:

Wir sehen überall und immer, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, die Streiks hervortreten. Sie sind gekommen, trotz alles entgegenstehenden Einflusses der Unternehmer und trotz des auf den Arbeitern lastenden Drudes der Unfreiheit und harter Strafgesetze in England, Frankreich, Deutschland usw., überall, wo moderne Großindustrie ist.

Es gibt kein Mittel, die Arbeiter, wenn sie erst einmal angefangen haben, selbstständig über ihre Lage nachzudenken, davon abzuhalten, sich zu denjenigen nationalökonomischen Grundlagen zu befreien, welche man im Gegensatz zu der kapitalistischen Ökonomie als sozialistische bezeichnet. Dieselben beweisen eine gerechtere und bessere Regelung der materiellen, der Güter-Verhältnisse, und zwar nicht nur darum, weil davon die zureichende Befriedigung berechtigter Bedürfnisse und also Glück und Wohlfahrt der Bevölkerung unmittelbar abhängen, sondern auch darum, weil nur auf dieser Grundlage eine wahrhafte, allen zu Gute kommende Zivilisation, eine allseitig hohe Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten möglich ist.

Allein so sehr auch jeder Unbefangene bei einiger Überlegung von der Vortrefflichkeit des angestrebenden Ziels überzeugt sein muß, die Forderung der sozialistischen Ökonomie würde unter unseren heutigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen wohl schwerlich zu praktischer Geltung gelangen können, wenn nicht eine bestimmte Gesellschaftsklasse ein berechtigtes Interesse an der Verwirklichung hätte.

Eine solche Klasse aber ist vorhanden: die Arbeiterklasse. Dieselbe wird in ihren berechtigten Interessen, ja man kann wohl sagen: in ihrem natürlichen Rechte fortwährend dadurch verlebt, daß die zu ihr gehörigen Menschen als bloße Produktionsmittel im Betriebe der kapitalistischen Ökonomie gelten und demnach ihr Anteil an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion in einem Verhältnis steht zu ihrer Leistung und zu den Ansprüchen, die vom Standpunkte der modernen Ethik und des geläufigsten Rechtsbewußtseins an ein menschenwürdiges Dasein zu stellen sind, so insbesondere in Rücksicht auf Sicherheit bezw. ungestörten und ausreichenden Gewerbe.

Es ist nun aber, um Reformen in dieser Richtung durchzusetzen, offenbar nicht genug, daß überhaupt eine Klasse besteht, die ein berechtigtes Interesse daran hat, sondern es ist weiter nötig, daß diese Klasse dies auch einsehe, also zum Bewußtsein ihrer Lage gelange.

Die Ansätze dieser Einsicht, dieses Bewußtseins müssen notwendig sich an dem Punkte zeigen, wo in den gesellschaftlichen, aber richtig wirtschaftlich-sozialen Zusammenhängen die stattfindende Verlehung der berechtigten Interessen am deutlichsten und sichtlichsten hervorträte. Dieser Punkt aber ist das Lohnverhältnis. Was der Arbeiter, selbst wenn er auf niedriger Bildungslage steht, am leichtesten erkennen kann, ist eben dies: daß die Höhe des Lohnes, welchen er bezieht — wie schon bemerkte —, nicht im richtigen Verhältnis steht zu seinen der ganzen Gesellschaft zum Vortheil gereichenden Leistungen. Hat er dies einmal erkannt, so ist es leicht erklärl, daß er auch an diesem Punkte die Aenderung zum Besseren durchzusetzen hofft, d. h., daß er auf eine Lohnsteigerung, überhaupt auf eine Besserung der Arbeitsbedingungen hinwirken will.

Hieraus erläutert sich deutlich genug, daß überall da, wo die moderne Industrie eine genau erkennbare Bildung und Abscheidung der Arbeiterklasse zu Stande gebracht hat und diese letztere sich als solche fühlen und erkennen kann, die nun beginnende Arbeiterbewegung sich zunächst auf die Lohnfrage wirkt und Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Lohnherabholung in Gang setzt, wie das Beispiel Englands schon vor Jahrzehnten gezeigt hat.

Es ist das ein mit entwicklungsgeschichtlicher Notwendigkeit sich vollziehender geschichtlicher Prozeß, oder vielmehr ein Theil dieses Prozesses, und nicht etwa, wie die kapitalistische Presse wohl schon zu behaupten gewagt hat, "ein Ausbruch unglaublicher Verbündung, eines über alle Maßen schrecklichen und selbstmordrischen Wahnstuns."

Wenn die moderne Industrie jene Höhe erreicht hat, wo auf einer Seite unternehmende Kapitalisten, auf der anderen die kapitallosen Arbeiter, durch eine unübersteigliche Kluft voneinander getrennt, sich gegenüberstehen, dann fangen — auch ohne sozialistische Anreizung — einzelne Arbeiterkreise an, sich ihre Lage, ihre ökonomische Abhängigkeit vom Kapitalismus und die Ursachen und Konsequenzen derselben klar zu machen.

Es ist also erklärt, ja ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterbewegung sich überall bei ihrem Beginnen zunächst auf die Arbeitseinstellungen wirkt. Diese sind nicht nur das naturgemäße, von selbst sich entwickelnde Ergebnis des in der Arbeiterbevölkerung vorhandenen Strebens auf Besserung der Lage; sie sind zugleich das nächstliegende Mittel, die Arbeiterbevölkerung in diesem Streben vorwärts zu bringen; sie sind der erste Schritt auf der Bahn zur Reform und ziehen weitere Schritte nach sich.

Wenn die Arbeitseinstellungen einige Zeit gebaut haben, so wird die Arbeiterbevölkerung verschieden für sie werthvolle Erfahrungen gemacht, insbesondere gefunden haben, mit welcher Hartnäckigkeit und oft genug auch Gehässigkeit der Kapitalismus verschärft; sie wird den Werth gewisser gesetzlicher Freiheiten, der Kooperationsfreiheit usw. sowie die Notwendigkeit gründlicher wirtschaftlich-sozialer Reformen auf dem Wege der Gesetzgebung erkennen; sie wird sonach auch einsehen, daß es unerlässlich für sie sei, direkten Einfluß auf die staatliche Gesetzgebung zu gewinnen. Erst wenn diese Erkenntnis vollständig durchgedrungen, erst dann kann man sagen, daß die Arbeiterklasse sich des rechten Ziels und des rechten Weges zum Ziele bewußt ist.

Wir persönlich haben diese Ansichten schon seit länger als 20 Jahren vertreten und sie oft in Arbeiter-

blättern, so auch in diesem Blatte, dargelegt. Die deutsche Arbeiterpartei hat niemals die Streiks als eine ausschlaggebende Waffe im Kampfe des Proletariats mit dem Kapitalismus erachtet, sondern immer nur als eine solche, die gebraucht werden kann für zunächst liegende proletarische Interessen.

Bekanntlich haben die englischen Trades-Unions bis in die neueste Zeit hinein dem Streik eine viel weitergehende Bedeutung beigemessen, nämlich die: daß er das Radikalmittel gegen den Kapitalismus sei. Und sie beschränkten sich auf das rein gewerkschaftliche Gebiet, wo der Streik als letztes und äußerstes Kampfmittel galt.

Das ist anders geworden.

Die Trades-Unions haben sich auf ihrem letzten Kongress entschieden für die politische Aktion ausgesprochen. Und ohne Widerpruch zu finden, sprach der Präsident des Kongresses es aus: daß man von der feierlichen Streitpraxis dazu übergehen müsse, die politische Macht zu eringen und in der Gewaltung die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen.

In einer kürzlich in England erschienenen Broschüre „Über Streiks“ tritt J. Bruce Glasier energisch für diese Ansichten ein. Nachdem er der englischen Arbeiterschaft wegen ihrer politischen Unreife tückisch den Text gelesen, sagt er: „Jede Woche können wir in der „Illustrated London News“ lesen, daß dieser oder jener Kapitalist ein Vermögen von 30 000, 300 000 oder 3 000 000 Pfund Sterling“ hinterlassen hat. Man möge sich daran erinnern, daß dieselben Kapitalisten Lohnreduktionen vornehmen, wobei sie stets behaupten, das Geschäft rentire garnicht mehr. Wir können ferner jede Woche die Nachricht lesen, daß dieser oder jener Bergwerksbesitzer, Fabrikant, Schneider oder Aktionär, der nie die Bedürfnisse der Arbeiter berücksichtigten wollte, neue Yachten, neue Paläste baut, Jagdschlösser kauft oder Weltreisen macht. Die Kapitalisten bemühen sich immer, den Arbeitern zu zeigen, wie gering die Profite seien, wenn wir aber die Berichte im Handelsblatt unserer Zeitungen sehen, da haben die Baulen ein ganz anderes Aussehen, hier erreichen sie ganz erstaunliche Proportionen...“ Es weist ferner nach, daß die Kapitalisten der erzeugten Produktion nicht den geringsten Werth beifügen und daß sie die enormen Profite nur deshalb einheimsen, weil sie die Produktionsmittel monopolistisch haben. Streiks können den Arbeitern nicht viel helfen. Wenn auch im besten Falle eine Lohnherabholung errungen wird, so wird sie durch eine Erhöhung der Waarenpreise und Wohnungsmieten illusorisch gemacht.

Was hat denn der Arbeiter zu machen, um sich wirkliche Hilfe zu verschaffen?

Darauf gibt der Verfasser folgende Antwort: „Das Mittel, welches die Arbeiter zu lösen haben, liegt nicht darin, auf welche Weise sie höhere Lohn und längere Arbeitszeit eringen könnten, sondern auf welche Weise sie am besten und schnellsten in den Besitz all der Güter gelangen könnten, zu denen ihr Heil sie berechtigt. Es ist gleichfalls klar, daß sie dies nur erreichen können, wenn sie die Macht ihrer Gebieter besiegen und zwar dadurch, daß sie Besitz ergreifen von all den Produktionsmitteln, die durch ihren oder ihrer Vater Fleiß und Schweiß geschafft oder geschaffen worden sind. Mit anderen Worten: die Arbeiter haben nicht gegen die Wirkungen des Kapitalismus albern, sondern gegen den Kapitalismus selbst zu kämpfen.“

Auf welche Weise kann dies geschehen?

\* 1 Pfund Sterling = M. 20, 1 Schilling = M. 1.

Wenn nur ein Theil des Gesetzes, welches nutzlos für Streits gespendet wird, dem politischen Kampf zugewendet würde, so könnten wir in kurzer Zeit die gesetzgeberischen und administrativen Körperschaften von den Gutsbesitzern und Kapitalisten abwenden und an deren Stelle unsere eigenen sozialistischen Delegierten haben. Wir könnten auf diese Weise wiederum in den Besitz des Bodens, der Fabriken, Maschinen, Eisenbahnen und Schiffe gelangen, die wir nicht mehr zu Nutzen besonderer Klassen und hochbezahlter Beamten anwenden, sondern zum Nutzen der ganzen Gesellschaft... Jedem wäre dann Gelegenheit geboten, zu arbeiten und zu genießen... Für die Verwirklichung einer solchen Gesellschaft ist es gewiß wert, zu streben und zu streiten."

Sehr bedeutsam ist auch die Rundgebung, welche jüngst der Kongress der französischen Sozialdemokratie in Nantes vorgenommen hat. Derselbe nahm, wie schon kurz berichtet, eine die Streits betreffende Resolution an, welche wir nachstehend im Wortsatz wiedergeben:

Die Arbeiterpartei, d. h. der Klassenbewußte und organisierte Theil des Proletariats, sieht und hat in den Streits nie etwas Anderes gesehen, als die natürlichen und nothwendigen Folgen der auf dem Interessen- und Klassenwiderricht befindenden kapitalistischen Gesellschaft.

Die zwischen der Arbeit und dem Kapital austretenden Konflikte sind eine Offenbarung und die gleichzeitige Verurteilung der wirtschaftlichen Unordnung, die man uns als die Ordnung par excellence aufdrängen möchte.

Der Sozialismus treibt zu keinen Streits. Er provoziert sie nicht, weil selbst da, wo sie ausnahmsweise ihr Ziel erreichen, sie die Arbeiter in ihrer Stellung als Proletarier und Bourgeois fortsetzen lassen. Aber er reagiert mit ihnen als mit einer Sache, die sein Verhalten und seine Wünsche bestimmt.

Niemand kann daran denken, den Arbeitern den Streit zu unterdrücken, weil er, wenn auch noch so ungünstig die Basis, doch die einzige ist, die sie unter dem heutigen wirtschaftlichen Regime zur Vertheidigung ihres Erwerbs und ihrer Würde haben. Sie vom Streit abzuhalten, heißt sie entblößt vor dem Unternehmertum, erinnert, seiner Ausbeutungsdienstes Jägeln schließen zu lassen.

Unser Wunsch ist es vielmehr, überall, wo ein Konflikt zu Tage tritt, die Vertheidigung der Streitenden zu übernehmen. Je weniger wir Streitsteller sind, desto mehr haben wir den Arbeitern beizubringen, die sich gezwungen sehen, sich einer unerträglich gewordenen Arbeit zu entziehen.

Ein unglaublich undtheilmeisteles Mittel der Vertheidigung innerhalb der heutigen Gesellschaft, kann der Streit, selbst verallgemeinert, um desto weniger das Werkzeug der Befreiung der Arbeitssklavie sein.

Den Generalstreik vorbereiten, hieße das Proletariat in eine Sadgas führen, es gegen sich selbst im Streitende und Nicht-freilende trennen, hieße die Landarbeiter in einem Kampfe um die gemeinsame Befreiung immobil machen (Lahn legen) und unfreie Niederlage selber bereitstellen.

Auf dem politischen Gebiete ist es, wo der Proletarier dem Kapitalisten gleich, ja über ihm steht, da die Proletarier die Zahl bilden (die Massen sind).

Nur durch die politische Tätigkeit, nur durch die Erringung der öffentlichen Gewalt können sich die organisierten Arbeiter befrieden, indem sie Produktions-, Verkehrs- und Austauschmittel vergeschaffen.

Die englischen Trades-Unions, d. h. die mächtigsten gewerkschaftlichen Organisationen Europas, haben die Nothwendigkeit auf ihrem Kongress von Norwich soeben anerkannt und proklamiert, und der allgemeine spanische Arbeiterbund ist ihnen auf diesem Wege gefolgt.

Und gestützt auf diese neuen und wertvollen Befürmmungen kann die Arbeiterpartei die Weisheit ihrer fröhlichen Kongresse nur bestätigen und den Arbeitern Frankreichs als überlässliche Mittel des Heils empfehlen:

1. Die gewerkschaftliche oder corporative Organisation behüts des Schutzes ihrer unmittelbaren Interessen,

2. die politische Organisation zur Überzeugung der Staatsmacht zur endgültigen Befreiung der Arbeit wie der Gesellschaft.

Nun hat allerdings der dem Sozialisten-Kongress sich anschließende Kongress der französischen Gewerkschaften sich mit geringer Mehrheit für den Generalstreik erklärt. Es ist das auf anarchistische Propaganda zurückzuführen. Die Anarchisten, die früher jede symbolische oder sonstige Organisation bekämpften und die Streiks verwarf — oft kamen sie in die Lage, die Streitenden in deren Werkstätten zu erschrecken — sie predigen jetzt den Generalstreik: "Er ist das soziale Universalmittel par excellence. Kreuzt die Arme, und der Bau der kapitalistischen Herrschaft wird einstürzen, und Ihr seid die Herren der Völge!" so rufen sie den Arbeitern zu.

Indessen ist der Beschluss des Gewerkschafts-Kongresses von keiner praktischen Bedeutung. Recht beschämend ist, was unter Pariser Genossen Guesde in der Zeitung "Republique" diesbezüglich ausführt, nämlich: daß der französische Gewerkschafts-Kongress von Marseille (1892) den Generalstreik (la grève générale) im Prinzip einstimmig angenommen, und daß der Sozialistenkongress von Marseille in denselben Jahr (1892) ihn nur mit geringer Majorität verworfen hat. Seit nach zwei Jahren ist die "Republique"

(uperior), wie Genosse Guesde den Generalsstreik nennt, in Nantes von dem Sozialistenkongress einstimmig abgelehnt, und von dem Gewerkschaftskongress nur mit knapper Mehrheit — 63 Stimmen von 108 Abstimmenden — im Prinzip", d. h. platonisch, angenommen worden. Das ist ein Fortschritt, aber den uns von Herzen zu freuen wie besten Grund haben. In weiteren zwei Jahren wird kein französischer Arbeiter mehr dem windigen Trugbild zum Opfer fallen.

### Für Lehrlingsfrage.

Über die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter unter dem Schutze sogenannter "Lehrverträge" berichtet die offizielle "Nordb. Allgem. Zeitung" Folgendes:

In einer Maschinenfabrik in Mühlheim a. R. sind mit Ausnahme der Meister in der Dreherei und Schlosserei sämmtliche älteren Arbeiter entlassen und die Maschinen mit sogenannten Lehrlingen besetzt worden. Sobald die jungen Leute in ein Alter kommen, in dem sie mehr verdienen müssen, wie die Kalkulation der Unternehmer verträgt, sind sie gezwungen, die Arbeit zu verlassen, und stehen als einsitziges ausgebildetes Menschen schlechter da, wie ein ungernter Arbeiter in gleichem Alter. So bedauerlich solche Zustände sind, so kann doch zu ihrer Abschaffung von Seiten der Gewerbeaufsichtsbeamten nichts gethan werden. Andere Arbeitgeber stehen auf einen entgegengesetzten Standpunkte. Schon jetzt sind viele derselben wegen der Einschränkungen in der Verwendung jugendlicher Arbeiter zu deren prinzipieller Ausschaltung übergegangen. Abgesehen von solchen bekannt gewordenen Fällen, kommt diese Stellungnahme sowohl in den Arbeitsordnungen mehrfach zum Ausdruck. So werden allein in der Gewerbeinspektion Köln in 92 Arbeitsordnungen Kinder unter 14 Jahren, in 18 junge Leute unter 16 Jahren von der Annahme ausgeschlossen.

Das Unwesen kann schon sehr arg sein, wenn ein der Regierung nahestehendes, durchaus den Kapitalisten gewogenes Blatt genötigt ist, Stellung dagegen zu nehmen. Uebrigens entschließt der Nordb. Allgem. Zeitung bei dieser Gelegenheit das Gesetzähnlich, daß solche Ausbeutung sogenannter "Lehrlinge" sonst "nur in handwerklichen Betrieben vorzukommen pflegt". Und zwar muß hinzugefügt werden, nicht zum geringsten Theile bei den Innungsmeistern. Das wird aber natürlich das offizielle Organ nicht hindern, demnächst wieder einmal zu lügen, daß die Innungsmeister die "berufenen Lehrherren" seien. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist folgende Mahnung, welche der Vorstand der Berliner Tischler-Innung kürzlich in vorläufigen Blättern veröffentlicht hat:

Der Vorstand der Berliner Tischlerinnung hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Lehrlingsfrage beschäftigt. Es sind in letzter Zeit vielfach Klagen über Ausbeutung der Lehrlinge seitens der Lehrmeister laut geworden. Es sind oft Deute Inhaber von Werkstätten, die fünf und sechs Lehrlinge halten, aber selbst nicht das Tischlergewerbe gelernt haben und infolgedessen absolut kein Berufswissen davon haben, wie ein Lehrling unterrichtet werden muß. Das sollte jungen Leuten, wenn sie ihre Lehrzeit beendet haben, sich selbst nicht in dem Handwerk, welches sie erlernt haben, ernähren können, ist wohl jedem Bauen klar. Es sind daher auch sehr viele Klagen laut geworden über Lehrlinge, welche sich gegen ihre Lehrmeister richten, um dieselben zu verlassen, damit sie dann als Tischlergehilfen bei anderen Meistern in Arbeit treten können. Der Schaden, welchen der Meister erleidet, bei dem ein solcher aus der Lektüre entlaufener junger Mensch arbeitet, ist gar nicht zu berechnen. Um allen diesen Schaden abzuholzen, ist beschlossen worden, daß sämmtliche junge Leute, welche das Tischlerhandwerk erlernen wollen, durch den Obermeister resp. dessen Stellvertreter solchen Lehrmeistern zugeführt werden sollen, von denen die Junting die Überzeugung hat, daß sie den Lehrlingen etwas Eichtiges lehren können. Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne resp. Kinder das Tischlerhandwerk erlernen lassen, ersuchen wir, sich mit den Unterschreitern in Verbindung zu setzen. Gleichfalls ersuchen wir aber auch die Herren Kollegen, welche Lehrlinge ausspielen wollen, sich an den Vorstand der Berliner Tischlerinnung zu wenden.

Will denn der Innungs-Vorstand wirklich glauben mögen, der Vorwurf der handwerklichen Unfähigkeit und der Lehrlingsausbeutung treffe nur die sogenannten "wilden Meister"? Es steht auch unter den Innungsmeistern genug, auf die beruhende zutrifft. Der Zweck jener Mahnung ist wohl in erster Linie der, die Innungsmitglieder mit dem abfälligen Lehrlingsmaterial zu versorgen.

Kürzlich besuchte man auf dem Verbandsstage des Unterbandes Württemberg und Baden der deutschen Bäckerinnungen die Vorwürfe — oder sollen wir sagen Schamlosigkeit? — zu erklären: daß die Fürsorge für die Lehrlinge zu groß ist! Eine eigentliche Illustration erhält diese verbüffende Entdeckung durch eine Verhandlung, die vor dem Stuttgarter Gewerbege richt stattfand. Der Klagende, Bäckermeister Ziegler, hatte seinen Lehrling wegen beharrlicher Werksfehligkeit entlassen und verlangte die im Lehrvertrag festgesetzte Buße. Es wurde festgestellt, daß der Lehrling allerdings regelmäßig Abends um 8 Uhr erstmalig geweckt werden mußte, bis er nach einer halben

Stunde endlich aufstand. Das Gericht erblickte darin an sich eine "beharrliche Widerlichkeit", es rechnete sie aber dem Lehrling nicht zur Schuldfall an, weil ihm der Klagende eine viel zu kurze Ruhepause ließ. Der 14½ Jahre alte Knabe mußte regelmäßig von 8 Uhr Abends bis zum anderen Mittag 12 Uhr arbeiten, und in der Ruhepause, die ihm von 1—8 Uhr zu Gebote stand, nochmals zwischen 4 und 5 Uhr aufstehen, um den Vorsteig zu machen. Damit könnte ein in der Entwicklung begriffener Knabe nicht auskommen. Das Gericht erblickte in dieser Zumuthung an den Lehrling einen Verstoß des Lehrherrn gegen die ihm obliegenden Pflichten und demnach eine konkurrenzverschuldung und wies ihn deshalb mit seiner Klage ab. — Ein weites und gerechtes, vor Allem sozial empfundenes Urteil, für welches man dem Stuttgarter Gewerbegericht Dank wissen muß.

Weitaus die erdrückende Mehrzahl der Handwerksschüler wird in der schamlosen Weise ausgenutzt und, insbesondere durch übermäßig lange Arbeitszeit, größtenteils an der Gesundheit geschädigt. Aber die Gelehrtebildung hat sich bis jetzt nicht genügt gesehen, gegen dieses Verbrechen einzutreten.

Wie in Deutschland, so liegt bekanntlich auch in Österreich das handwerkliche Lehrlingswesen unter der Herrschaft der Buntstiere arg barnieder. Die Lehrlinge sind der schamlosen Ausbeutung und brutalen Behandlung seitens der Meister ausgesetzt. Nicht aus den Berichten der f. k. österreichischen Gewerbe-Inspektoren bekannte Zustände im dortigen Kleingebiete haben zu Koalitionsbestrebungen der Lehrlinge geführt, die eine der interessantesten Erscheinungen der sozialen Entwicklung genannt werden dürfen. zunächst wird ihnen von den Meistern nur die rohe Gewalt entgegengesetzt, wie ein Rundschreiben beweist, das vom Vorstand der Genossenschaft der Wiener, Peitschenmacher, Rappenschmiede und Maschinenteile-Erzeuger in Wien unter dem 18. Juli d. J. ergangen ist. Es wird hierin an die Mitglieder der Genossenschaft, die sehr ernste Mahnung und das bringlichste Erfuchen gerichtet, von nun ab ein wachsames Auge auf ihre Lehrlinge zu haben, sie zu ernähren und mit größter Strenge darauf zu achten, daß diese weder eine Versammlung besuchen, noch irgend einer was immer für einen Namen habenden Vereinigung angehören. Zu widerhandelnde Lehrlinge sollen sofort aus dem Lehrlingsverhältnisse und aus dem Verbande der Genossenschaft ausgestrichen werden; auch wird Vorsorge getroffen werden, daß solche Jungen bei keinem anderen Meister Aufnahme finden; nur auf diese Weise wird es möglich sein, diesem langsam, aber stetig und zum Nachteil jedes Meisters und der lernenden Jugend sich entwickelnden Übel zu steuern und zu verhindern, daß der Nachwuchs im Gewerbe seinerzeit in widersprüchliche, sich bei jeder Gelegenheit aufzulehnende Elemente ausartet.

Wahrscheinlich soll nunmehr an die Auflistung schwarzer Listen auch für die Lehrlinge gegangen werden. Ob dies der richtige Weg zur Verbesserung der beispiellos ausgenutzten Jungen ist?

Sicherlich nicht! Sie haben ein gutes Recht zur Aufstellung gegen die ausbeuterische Sippe, die sich "Meisterschaft" nennt und heuchlerisch von der "lernenden Jugend" spricht, die doch gequält und geschunden wird, ärger als das liebe Vieh. Es ist der reine Hohn, wenn diese Sippe da von einem "Liebel" spricht, für das doch nur sie selbst verantwortlich ist.

### Wirtschaftlich-politisches Rundschau.

Arbeitszettel in kleinen Betrieben. Die Blätter für soziale Praxis enthalten eine Mitteilung des Düsseldorfer Gewerbegerichts, wonach dort zur Verminderung der Klagen in Betrieben mit weniger als 20 Mann Arbeitszettel einzuführen sind. Die betreffende Regelung lautet: "Der Ausdruck des Königlichen Gewerbevertrages erhält in dem Umstand, daß eine Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen rund 4500 Arbeitgebern und rund 15 000 Arbeitern der der Gerichtsbarkeit des Königlichen Gewerbegerichts zu Düsseldorf unterstehenden gewerblichen Betriebe nicht festgestellt zu werden braucht, einen wesentlichen Mangel, führt die erhebliche Anzahl Klagen aus diesen Betrieben heraus und auf die Unkenntnis der Königlichen Gewerbeordnung zurück und beeinträchtigt seinen Vorhaben, bei der Königlichen Regierung das Erreichen zu stellen, durch geeignete Schritte die Einführung von Arbeitszetteln für genannte Betriebe zu unterstützen. Die Blätter enthalten außer den genauen Namen des Arbeitgebers Dienstauftritt, Wohnsitz, Angeschäft, Arbeitszeit, gegenwärtige Rücksichtnahme; es folgt die Bemerkung über Behandlung des Arbeitsvertrages an beide Theile, sowie ein Ratstrag, der etwaige späteren Abänderungen der Vereinbarung mit Unterschrift aufweist. Bei den Erläuterungen des Entwurfs wird bemerkt, daß die Regelung voraussetzt, daß die vorgeschlagene Vereinbarung genähmigt wird, zumal solche dem Wesen nach den alten

**Mordgesetze** von 1848 in dem Gesetz, betreffend die bei den Bauten von Eisenbahnen beschäftigten Handarbeiter, entspricht. Dort ist also lange vor Wirklichkeit des modernen **Parlamentarismus** und der gegenwärtigen Arbeitersbewegung — das Prinzip verloren, daß es mit einem Vertrag nach seiner juristischen Bindlichkeit nicht genug sei, daß vielmehr auch im Allgemeinen Staat und Gemeinden sich der Fürsorge für den Arbeiter unterziehen müssen.

\* Ein Kongress zur Bekämpfung des unlauteren **Wettbewerbs**, welcher in Braunshausen lagte, (derselbe ging von den Handelskammern aus), hat sich auch mit dem Bau schwindel belästigt. Man sollte folgende Beschlüsse: 1. Die in jüngster Zeit sich in bedeutsicher Weise vermehrenden Fälle, in welchen die bei der Bebauung städtischer Großstädte beteiligten Bauhandwerker und Dienstleute die Gegenleistung für ihre Arbeiten und Auswendungen von zahlungsunfähigen Bauunternehmern nicht erhalten, bedeuten eine erste Gefahr für den Bauhandwerkerland. Sie in dieser Beziehung vorhandenen Mängel sind, um s. a. auf die wilde Spekulation in städtischen Bauunternehmern, auf die Mobilisierung des Grundes und Bodens zurückzuführen. 2. Die jetzige Gesetzgebung reicht nicht aus, um zu verhindern, daß die Bauunternehmern und die mit denselben Hand in Hand arbeitenden sogenannten Baugeldegeber, sich auf Kosten der Bauhandwerker und Dienstleute und den Werkgewerken, welchen sterile Baustellen durch Arbeit und Errichtungen zu einem Neubau erhalten, dadurch bereichern, daß ein sogenannter Bauunternehmer als strohmann vorgeschoben wird, an welchen als unmittelbare Kontingenzen Handwerker und Dienstleute sich lediglich halten könnten. Ihre Forderungen scheitern an untem geltenden Hypothekenrecht, nach welchen die Hypothek — durch welche der Bauunternehmer als Veräußerter und der Baugeldegeber an ersten Stellen geschützt sind — alles Dasein regt, was mit dem Grund und Boden in einer dauernden Verbindung gebracht wird. 3. Es ist eine Rendierung des bestehenden Rechtszustandes zu erstreben. 4. Es ist eine heberliche und private Statistik über die in neuerer Zeit bei städtischen Neubauten von Bauhandwerkern und Dienstleuten entstandenen Verluste anzugeben.

\* Das Handwerksfrage. Von angeblich zuverlässiger Seite wird der „Berl. Börsen-Big.“ berichtet: Der neue Entwurf eines Gesetzes über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens ist im Preußischen Staatsministerium fertig gestellt. Der Ersteier, Minister von Berlepsch, hat sich anscheinend eine b e d i n g t e I n n u n g a f g a v o n g e w i n n e n lassen. Alle Handwerker, die mindestens eine freie Arbeitszeit, Belebung oder Gesellen, beschäftigen, sollen zum Eintritt in die Innung gezwungen werden. Soweit das Innungssstatut eine Meisterprüfung zur Beweisstellung der Mitgliedschaft hat, soll es für diesen allgemein erzwungen werden. Beiträge oder bereits selbstständige Meister sind ebenso zu leisten. Die F a c h g e n o s s e n s c h a f t e n des vorjährigen Entwurfs könnten jetzt natürlich aufgezogen werden. Wie es heißt, hat aber Minister von Berlepsch keine wegweisende Zustimmung im Staatsministerium gefunden. Man spricht von einem und dem anderen Separatvotum gegen den Entwurf. Man wird gut thun, diese Mitteilungen einige Zweifel entgegenzuwerfen.

\* Bei den Berliner Krankenkassen ist Bleitz nicht in Ordnung. Wie wir aus vorjährigen Blättern ersehen, verfügt fast keine Woche, in der nicht von irgend einer Anordnung der Aufsichtsbehörden zu melden wäre, die erlassen wird, weil die Kassenvorstände selbst nicht die von jenen für erforderlich erachteten Maßregeln zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit oder gar des Bestandes der Kassen treffen. So geht die Generalsupervision daran, daß die Geschäfte des Vorstehenden der Ortskrankenkasse des Böttcher auf Weiters einem Magistratssekretär übertragen werden, nachdem schon vor einiger Zeit ein Magistratssekretär für das Führung der Kassen geschafft worden ist. — Der Oberpräsident von Schenck hat ferner für die Betriebskrankenkasse des Bauunternehmers Philipp Böttcher die Erhöhung des Gehalts der Betriebskräfte von 3 auf 4 pfd. des wirklichen Arbeits verdienstes angeordnet, da die Verkürzung der Frist der vom Oberpräsidenten auf Grund des § 33 des Gesetzes erlassenen Aussöhnung, wegen der Unzulänglichkeit der Einnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen eine Erhöhung der Beiträge zu befürchten, nicht nafiggkommen ist. — Die Krankenkasse der Steinseer-Familie, welche die Innungsmittelreicher, deren Gesellen, Lehrlinge und gewerbliche Arbeiter bestimmt ist, ist am 30. September aufgelöst worden; die von den Mitgliedern der Steinseer-Innung beschäftigten versicherungspflichtigen Personen wurden vom 1. Oktober an Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeitnehmer. Über die Gründe der Auflösung ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

\* Russische Sozialpolitik nach dem Herzen unserer Freiheit. Der dirigierende Senat hat, wie aus St. Petersburg geschrieben wird, entschieden, daß Feindarbeiter, die eigentlich ihre Arbeit verlassen, von ihren Arbeitgebern nicht zur kriminellen Verantwortung gezwungen werden können; dagegen kann der Arbeitgeber im Wege des Zwangsverfahrens vom Arbeiter eine Entschädigung in der Höhe des dreimonatlichen Arbeitslohns fordern oder verlangen, daß die Polizei den Arbeiter zur Rückkehr zwingt, wobei außerdem dem Arbeiter noch der zweite Lohn für die Zeit, die er nicht gearbeitet hat, abgezogen werden kann.

### Die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses

hilft, neben der Frage der Vollgesetzgebung den Hauptgegenstand der Verhandlungen eines fürstlich in Antwerpen statt gehabten internationalen Kongresses, welcher besonders für diesen Zweck einberufen und von Vertretern der verschiedensten sozialpolitischen Richtungen besucht war.

Einem von E. B. in Brüssel im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ veröffentlichten Berichte über die Verhandlungen entnehmen wir folgendes:

Bereits die Eröffnungs- und Schiedsgerichtsräte Foulton, der Präsident der Londoner Konstitution Board, aus, daß man sich lediglich noch über die Mittel der Herausgemeindung der Tätigkeit dieser Kommission im Unklaren sei. Es mache sich die Frage, ob die staatlichen Intervention gelingt, wenn man diese Entwicklung befürchten will. Den Haupteinwand widerlegt, daß es die Arbeiter seien, bei denen

man Schwierigkeiten wegen mangelnder Zustimmung ihrerseits begegne, führt er aus, daß man gerade an der Stärke der Gewerk- und Fachvereine die Lösung suchen müsse, um so den Vertretern der Arbeiter hinlängliche Autorität zu verleihen. Es sei von Wichtigkeit, allerwärts die juristische Persönlichkeit zu erlangen, und man könne sogar bei dieser Anerkennung die Bindung stellen, daß sie stets dem Einigungs- und Schiedsgericht zu unterwerfen hätten. Die englischen Delegierten unterstützen diese Ansicht und betonen, daß nach ihrer Erfahrung die Entscheidungen der Einigungsgerichtsliste nicht durch die Arbeiter verletzt werden seien. Wieder, sagte Weiler, erklärte das Einigungsgerichtsrecht schließlich allein bei den Unternehmen: Nur allzu zahlreiche Beschlüsse zu Gunsten der Versammlungsberichte gelangt werden können. Ferner wurde gestellt, daß die Herren Befürworter über die Meinung in der Versammlung im „Thym“ gesetzte Beschlüsse mit Hohnlachen hinweggegangen seien und bedauert, daß man es damals unterliegt, Stellung gegen den „Borwärts“ zu nehmen. Es wurde hervorgehoben, daß der „Borwärts“ alle Annonsen, die ihm unterstellt wurden, annahme. Vorgebrachte wurde, durch den Schriftsteller die Berichte liefern zu lassen und die Befürworter hinzuzuwenden, oder auch die Berichte dem „Sozialist“ einzuführen; auch nahm man sich vor, innerhalb der „Borwärts“ mit seinem Bericht gegen Versammlungsberichte so fortzuhören, nicht mehr auf den „Borwärts“, vielmehr auf den „Bauhandwerker“ zu konzentrieren. Der Gegner bemerkte, daß der „Borwärts“ ein Zentralorgan sei, außerdem mit dem Raum zu rechnen habe, gelang es nicht, die Redner von ihrer Ansicht abzuwenden, doch kam man zu keiner definitiven Beschlusssatzung.

Analogisch der Frage des **Minimallohns** und der **Maximalarbeitszeit** legte der Befürworterfrater Frantz dar, daß die öffentliche Gewalt in dieser Hinsicht nicht jux impix, sondern juro g o s t o n i s hande, wie jeder anderen Unternehmer. Andererseits begünstigte die Vergabe der öffentlichen Arbeiten, wie sie heute geschieht, nur so auf die Arbeitgeber, welche das Schwibsystem praktizieren, und trug hierdurch zur Erneuerung der Löhne bei. Die Orthodoxen erklärten hierin im Gegenteil eine neue Verleugnung jener berüchtigten Freiheit (wie sie sie vertrieben). Dem Einwand gegenüber, daß die Kontrolle unbillig sei, erwiderte der Delegierte der Fabrik Society mit Recht das englische System, noch mehr denn die Arbeiten an die Fabriken vergeben, welche stets Durchschnittslöhne zahlen. Die Kontrolle geschieht dann durch die Konkurrenten.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen des Kongresses bildete die **Strafarbeit**. Sämtliche Befürworter der Strafarbeit hoben die Schwierigkeiten hervor, welche dieses System begeiten, als die Schwierigkeit einer richtigen Bestimmung des Lohnes, die Prozess des Schwibsystems, das Schwanken der Löhne, die Schläfe für die minder geschulten Arbeiter. Die Reform dieses Bereiches soll im Zusammenhang mit der Fortbildung der Fachvereine und des Einigungsverfahrens geschehen. Hierauf war der Kongress der Schauplatz eines Kampfes zwischen Interventionsisten und Nichtinterventionisten. Letztere verteidigen sich immer wieder auf jene ungünstige Freiheit; Erstere rufen sich auf jene bestehenden Regelungen, das Beispiel Englands und Deutschlands —, warnen vor Verallgemeinerungen und geben der in England bestehenden Müdigkeit auf die Sonderverhältnisse den Vorzug. Der wichtigste Einwand gegen die geplante Regelung der Arbeit ist der Hinweis auf die Tatsache, daß die am wenigsten wichtigen Arbeiter vollständig geprägt würden. Hierauf erwiderte man: „Weder, die Hälfte lebt, als daß Dreißigtausend tödlich sind.“ Und noch einmal wird bemerkt, daß diese Reform nur einer der Punkte des allgemeinen Plans ist, welcher eben ermächtigen wird, daß wir in Zukunft kräftigere Generationen haben werden. „Sie regulieren die Arbeitsverhältnisse“, sagte Weiler, „zu Gunsten der Arbeitsschaffenden der Arbeitersklasse und der vertheidigenden Arbeitersklasse.“ Sie müssen daher die Schwachstellen unterlegen, die Greife müssen sterben.“

„Wir wollen gesetzlich regeln, und es wird allerdings den Schwaben oft schwer werden, sich dieser Regelung anzupassen.“ erwiderten Weiler, Denks und Wandervele, „aber wir fordern gleichzeitig eine Alterspensionskasse für unsere Freunde und Asyle für die Schwaben. Wenn Sie nur einen Teil unseres Programms nehmen, dann schaffen Sie selbst keine Mängel. Das Leben, wie wir es verleben, ist nicht der Kampf, von welchem Sie immer reden, in dem der Städte den Schwächen zu Boden wirst, um ihn dann der Müdigkeit zu überlassen. Wir wollen eine Art des Friedens und des Altersamtes und beginnen mit der Förderung und Schaffung von Einrichtungen zu Gunsten der Schwaben und mit dem Verlangen einer gesetzlichen Regelung, welche es den am wenigsten Begabten ermöglicht, nicht zu unterliegen.“ Nach dieser Ausführung stößt der Kongress seine Verhandlungen und entscheidet, daß seine nächste Session 1895 in Gent stattfinden solle.

### Gesetzliche Angelegenheiten.

\* Unter den lokalorganisierten Mauern Berlins machen sich sogenannte „Individualistische“ Elemente bemerkbar. Die Befürworter dieser Organisation halten zum 28. September eine öffentliche Versammlung einberufen, über welche der „Borwärts“ berichtet. Es handelt sich zunächst um eine Sitzung auf einem Bau in der Landwehrstraße. In dem Bericht heißt es:

Der Kollege Kneipen leitete die Diskussion ein, indem er noch einmal die Urteile zu dieser Maßnahme stellte. Bekanntlich sind die Mauerer auf dem Bau gemacht, weil sie sich weitgängig, vorwiegend, vorwiegend Bier zu trinken. Vor Bauwerke selbst erklärt Weiler, daß die Kosten aufgehoben seien und räumt die Sperrre in der Presse weiter zu erhalten. Vorhabe ist der Ansicht, daß die Sperrre so lange aufrecht zu erhalten sei, bis der Bau hoch ist. Ein übriges wendet er sich ebenfalls dagegen, daß nach Angabe der zentralorganisierten Mauerer die Sperrre unberechtigt sein sollte, und verurtheilt Verhältnisse derselben gegen die Borwärtsbeschlüsse. Danach verlangt Antwort, ob die auf dem Bau beschäftigten zentralorganisierten Mauerer ihrem vor acht Tagen gefassten Verhandlungsbefreiung eingehalten haben, woran ihm gewarnt wurde, daß einer ausgebaut habe. Schule steht ganz energisch in Abrede, daß die Entlastung der acht Mauerer und der Steinbauten eine Folge faullosen Benehmens ihrerseits gewesen sei, vielmehr behauptet er, wenn es dem Baumaster gelungen wäre, die ihm nur zu wohl bekannten organisierten Mauerer in die Halle zu lassen, von dem Vorholzbau zu trennen, er diese Thatsache als Waffe gegen die ganze Arbeiterschaft ausgeschlagen hätte. Im Anschluß hieran giebt er einen ausführlicheren Bericht von seinen Erfahrungen auf dem Polizeiwall Alexanderplatz und Moabit. Seine Ausführungen decken sich mit denjenigen Panger's. Panger verlangt eine sofortige Entlastung über folgende Resolution: „Die Mauererversammlung verneint mit Entlastung das Vertragen der Herren Kohlmeier und Schönberg, und verpflichtet sich, die Sperrre durch die Presse aufrecht zu erhalten; ferner erwartet sie, daß jeder klärendenweise Arbeit der Polizei von Schönberg und das Bürgeschäft von Kohlmeier in Gutkunst melde.“ Von Hardt, von der zentralen Richtung, behauptet, daß die Sperrre nur dann siegreich durchgeführt wäre, wenn die Berliner Mauerer besser organisiert wären. Ferner widerlegt er die Angriffe gegen seine Organisation und tadelt die Unterlassung, sich nicht mit den zentralorganisierten Mauerern in Verbindung gesetzt zu haben.“ Am Schluß des Berichtes heißt es dann:

Es entpuppt sich noch eine recht erregte Debatte über die verfolgten Berichte im „Borwärts“. Verschiedene Meinungen wurden laut, die zum Theil dahin gingen, daß mehr Raum bei den großen Mauerarbeiten aus China und „worüber sich Bürgerliche Blätter den Kopf zerbrechen“ und vergleichende intersektionale Beurteilungen zu Gunsten der Versammlungsberichte gelangt werden können. Ferner wurde gestellt, daß die Herren Befürworter über die Meinung in der Versammlung im „Thym“ gesetzte Beschlüsse mit Hohnlachen hinweggegangen seien und bedauert, daß man es damals unterliegt, Stellung gegen den „Borwärts“ zu nehmen. Es wurde hervorgehoben, daß der „Borwärts“ alle Annonsen, die ihm unterstellt wurden, annahme. Vorgebrachte wurde, durch den Schriftsteller die Berichte liefern zu lassen und die Befürworter hinzuzuwenden, oder auch die Berichte dem „Sozialist“ einzuführen; auch nahm man sich vor, innerhalb der „Borwärts“ mit seinem Bericht gegen Versammlungsberichte so fortzuhören, nicht mehr auf den „Borwärts“, vielmehr auf den „Bauhandwerker“ zu konzentrieren. Der Gegner bemerkte, daß der „Borwärts“ ein Zentralorgan sei, außerdem mit dem Raum zu rechnen habe, gelang es nicht, die Redner von ihrer Ansicht abzuwenden, doch kam man zu keiner definitiven Beschlusssatzung.

An diesen Ausfällen gegen seine Befürworter macht der „Borwärts“ folgende Bemerkungen:

„Wir haben garnichts dagegen, wenn einige „Individualisten“ unter den lokalorganisierten Mauerern neben ihrem Rufnamen und Annonsen für ihre Gewerkschaft auch den Versammlungsbericht dem „Sozialist“ übergeben. Mit der Regierung für den „Sozialist“ erklärt sich auch die gerechte Stimmung gegen den „Borwärts“, die auch dann nicht gemildert würde, wenn wir unschöne alte Eingebände in Druck geben. Für die Alterung der Berichte ist den Herren schon wiederholt eingehend auf der Redaktion aufmerksam gemacht. Dabei wollen wir nur nebenbei bemerken, daß auch allerdings der Raum zu kostbar ist, wenn es sich um die Wiedergabe langer Aufnahmen handelt. Das im „Borwärts“ alle Annonsen aufgenommen werden, ist gelogen. Überhaupt müssen wir den Mauerern das Recht überlassen, über diese Angelegenheiten der Mediation Borwärts zu machen. Für die Gestaltung des Blattes, seiner Annonsen und seines Inhaltes steht der Berichter des anderen Infanterie-Infanteristen geladen, als daß sich nach dem Urteil einiger „Individualisten“ richten kann.“

\* Unfall-Statistik. Bei der Nordstädte-Bauwerks-Genossenschaft sind im ersten Quartal d. J. 916 Unfälle gemeldet worden. Diese vertheilen sich wie folgt:

Sektion	Folge der Verleihung		
	Tod	Erwerbsunfähigkeit über unter	Summa
	18 Wochen	12 Wochen	
1. Berlin . . . .	5	71	266
2. Brandenburg . . . .	1	26	98
3. Pommern . . . .	2	19	57
4. Westpreußen . . . .	8	20	42
5. Ostpreußen . . . .	1	22	47
		Summa 12 168	510 690

\* Die Berliner Maler haben beschlossen, die Töpfer in ihrem Kampfe wegen der Fensterfrage zu unterstützen. Es wurde eine Resolution angenommen, das Inhalts, daß die Maler bei dem bevorstehenden Streit der Töpfer in Bezug auf die Fensterfrage sich mit diesen solidarisch erklären und vom 16. Oktober ab auf allen Bauten die Arbeit niedergelegen werden, auf denen die Fenster nicht verglast sind.

\* Die Töpfer-Breitens haben ebenfalls zur Fensterfrage Stellung genommen. Eine Veranlassung beschloß einstimmig, vom 16. Oktober ab auf denjenigen Bauten, wo die Fenster nicht verglast sind, die Arbeit niedergelegen. Die Töpfer sollen durch Befürwortende in Kenntnis gesetzt werden. Eine streitende Kollegin soll unterstellt werden; bis zum 10. August sind die Fenster nicht verglast.

\* Eine internationale Konferenz der Töpfer und Berufsgenossen tagte am 28. September in Görlitz im Gaffoß „Zur Stadt Hamburg“. Vertreten waren Dänemark durch Mälzer-Rosenhagen, Österreich-Ungarn durch Hell-Wien, Brabec-Prag und Hagenauer-Breisburg, Deutschland durch Jahnle-Berlin. Der bereits angemeldete Delegierte für Rumänien hatte abgesagt. Die schwächeren Kollegen standen nur ihrer Sympathie-Kundgebung, erklärten, wie die organisierten Kollegen aus Rumänien, ihre vorherige Zustimmung zu den zu fassenden Beschlüssen. Als Tagessatzung wurden folgende Punkte genehmigt: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der einzelnen Länder. 3. Wanderversicherung. 4. Streit. 5. Fachpreise. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Punkt 3; daneben wurde die Frage eines internationalen Organs eingehend durchtheraten. Von den wesentlichen Beschlüssen der Kommission führen wir im Anschluß Folgendes an: 1. Organisierte Landes treten beim Vereinigung über die Grenze in die Rechte und Pflichten der Organisationen des Nachbarlandes ein; es sollen in den Mitgliedsbüchern darauf bezügliche Bestimmungen in den Bauabschriften beigefügt werden. 2. Die Unterstützung für Streit wird gewährt, wenn die internationale Kommission davon verständigt ist. Angeklagte Streit soll bei ungünstiger Konkurrenz verhindert werden. Bei der Agitation ist das Hauptaugenmerk auf die Verstärkung der Arbeitsetze zu legen. Der Obmann der Kommission (Karl Jahnle, Berlin, Pultscherstraße 44) hat dafür eingesetzt, daß die einzelnen Länder die Brandenburger Organisation durchführen. 4. Ein internationales Organ habe man angesichts der lädenhaften Organisation für verständigt. Die bestehenden ausländischen Sachblätter werden jedes Organisationsgruppe eines Landes durch das betreffende Mitglied der internationalen Kommission gratis zugestellt; die Kosten hierfür sowie für die anderen Ausgaben werden durch freiwillige Sammlungen gedeckt. Die Mitglieder der Kommission bilden die Delegierten zur internationalen Konferenz, welche bei besonderen Anlässen zusammentritt; den einzelnen Mitgliedern der Kom-

mission werden je zwei Kollegen zur Seite gestellt, welche mit den Genannten zusammen das Landescomitie bilden. Ammonialisch haben die einzelnen Comites dem Obmann Bericht zu erläutern; vierfachjährlich steht der Obmann ein Gesamtbilanz vor in der Fachpresse. Die internationale Kommission der Thionvauxen-Arbeiter ist unabhängig von den Landesorganisationen.

\* Der neunte deutsche Töpferkongress tagte vom 24. bis 26. September in Görlitz. Es nahmen daran Theil 18 Delegierte (18 Männer und 1. Biegler), dieselben vertraten 3052 Mitglieder in 112 Zählstellen; darunter befinden sich 380 Einzelmitglieder in 248 Orten. Von den Biegeler und Steinigauer Arbeitern sind 180 Mitglieder im Verband. In das Bureau wählte der Kongress die Töpfer A. b. Berlin und P. a. h. Dresden als Vorsitzende, S. v. a. b. Leipzig und S. e. m. Nürnberg als Rednerleiterschüler. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, des Ausschusses, der Becksommission und der Generalektoren; 2. Statutenberatung; 3. Sonstige Anträge; 4. Wahlen des Bevollmächtigten und Feststellung der Orte, wo der Zentralvorstand, Ausschuss und die Preiskommission ihren Sitz haben soll; 5. Bericht der internationale Kommission. Der Vorsitzende des Verbandes, Rauhlich, welcher den Rechenschaftsbericht erstattet, weist zunächst auf die Spaltung unter den Töpfern hin und macht die totalorganisierten Berliner Kollegen dafür verantwortlich. Auf dem Boden der Totalorganisation stehen zum Theil noch die Kollegen in Berlin, Königsberg, Breslau, Stettin, Münster, Magdeburg und Cöthen, sowie fast durchweg die Scheibenlöpfer in Königsberg, Bautzen, Muskau, Freiberg, Kamenz i. S. und zur Hälfte die Bautzener. Die Magdeburger Kollegen sind vom Vorstande aus dem Verbande ausgeschlossen worden, weil sie durchgängig nur 15 % Wohneintrag zahlten wollten und sich dadurch nicht nach der vom vorherigen Kongress festgestellten Verdienststafel richten; auch die Annahme der Delegierten-Märkte verweigerten. Fernertheilte der Bevollmächtigte mit, daß ein beschlossener Scheibenlöpferstag zu Weihnachten des vorigen Jahres wegen zu schwacher Beteiligung nicht stattfinden konnte, daß auch überhaupt nur 150 Scheibenlöpfer Mitglieder des Verbandes seien — auch mit den Zahlstellen unter den Biegeler habe man bisher wenig Glück gehabt; dieselben seien wohl optimistisch leicht zu erreichen gewesen, aber meistens wieder eingegangen. Rauhlich schlägt deshalb die Annäherung an eine Arbeitslosenunterstützung vor, um den Biegeler, wie auch den anderen Mitgliedern des Verbandes, größere Vortheile zu bieten. Die Töpfer halten drei Alterskommissionen, und zwar mit dem Sitz in München, Nürnberg und Bremen. Der Vorstand gab auch ein Agitationsschriftblatt (28 000 Exemplare) heraus. Der Kostenbericht des letzten Geschäftsjahrs ergibt eine Einnahme von M. 36 920,99, eine Ausgabe von M. 35 764,37, mitliefen ein Verlust von M. 1166,62. Wie Deutschen sind M. 500 zurückzuholen, so daß der Verband ein Schuldenkontor von M. 2448,18 aufzuweisen hat und ein Defizit von M. 1291,36 vorhanden ist, zu welcher Summe die Kosten des eben-liegenden Kongresses hinzutommen. Bemerkte sei noch, daß im letzten Geschäftsjahr M. 8281,63 für Wanderverunterstützung verausgabt worden sind. Der Bericht des Ausschusses und der Preiskommission ergiebt nichts Besonders.

Es wurde beschlossen, das Organ, "Der Töpfer", wie bisher wöchentlich erscheinen zu lassen. Dem Vorstande wurde für die Leitung der Geschäfte mit 12 gegen 7 Stimmen Anerkennung durch eine Resolution ausgesprochen. Das bisherige Statut wird zunächst dahin erweitert, daß es sich die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung zum weiteren Ziel setzt. Die Beitragspflicht wird wie folgt festgelegt: Es haben die Mitglieder zu zahlen bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst bis M. 12: 15 %, von M. 12 bis 16,50: 20 %, von M. 16,50 bis 21: 25 %, über M. 21: 30 %. Die Wanderverunterstützung wird pro Kilometer mit 2 %, jedoch nie mehr als M. 1,80 als höchst einmalige Summe geapft. Mehr denn M. 30 sind im Berlaufe eines Jahres an kein wanderndes Mitglied auszuzahlen. Zur Bildung einer Filiale sind mindestens zehn Mitglieder erforderlich. Bei Streik wird Unterstützung erst von der zweiten Woche des Ausstandes an geapft. Den örtlichen Verwaltungen werden 15 % der Beitragsentnahmen zur Deckung der örtlichen Kosten überlassen. Die Aufnahme einer Statistik soll nur alle drei Jahre geschehen. Hieran beschließt man, die laufende Versammlung nicht als "Deutsche Töpfer-Kongress", sondern als "1. Kongress des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands" zu protokollieren. Der Sitz des Vorstandes verbleibt in Berlin, die Preiskommission wird nach Dresden verlegt, der Ausschuß nach Nürnberg. Die Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassiers fällt auf die alten Beamten. Die Wahl eines Präsidenten kommt vom Kongreß nicht vollzogen werden, da die vorgeschlagenen Personen die Wahl ablehnen. Die Preiskommission im Verein mit dem Vorstand hat nunmehr diese Angelegenheit zu regeln. Der nächste Kongress soll in zwei Jahren in Hildesheim stattfinden.

\* Die Stuttgarter Akteure sind in den Streit getreten. Sie verlangen einen Minimallohn von M. 6 in lustrener Fost und Bögl, von M. 20 ohne Fost, bessere Behandlung seitens des Arbeitgebers sowie Einführung des Arbeitsnachweises. Weiter fordern sie Einführung der gehobenen Arbeitszeit, freien Sonntag, Bezahlung der Überstunden an den Wochenenden mit 35 %, am Sonntag mit 40 %. Man erachtet den Zugzug nach Stuttgart auf das Streitende heraufzuhauen. Als Arbeitsblätter werden um Abdruck obiger Notiz gebeten.

\* Die "braven" sächsischen Bergleute. — Die sächsischen Ordnungsparteien, Behörden und Grubenbesitzer mit eingeschlossen, haben, nach halbjähriger Anstrengung 722 Bergleute gefunden, die durch eine serbische Petition an die Regierung gegen das Drogenen der Hassensiedlungen Grubenarbeiter protestierten. Nun beträgt aber die Zahl der Bergleute in Sachsen 29 115. Es hat also nur ein Drittel sich einschließen lassen. Die übrigen zwei Drittel, d. h. die überwältigende Mehrheit, hat sich den Ordnungsparteien unzufrieden gezeigt. Statt eines Triumphes haben die Biedermanns sich also eine geringe Niederlage geholt.

\* Eine neue Organisation ist in Berlin in einer öffentlichen Schifferversammlung gegründet worden. Dieselbe führt den Namen "Freie Vereinigung der Strom- und Binnen-Schiffer Deutschlands." Es finden sofort Einzeichnungen zur Mitgliedschaft statt. Ein von einer zu diesem Zwecke schon fertiggestellten Kommission ausgearbeiteter Statutenentwurf, welcher zur Verleistung gelangte, jedoch erst der Genehmigung der Generalversammlung des Vereins bedarf, ließ erkennen, daß die Freie Vereinigung durchaus

auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen wird. Die Adresse des provisorischen Vorstandes ist: Kleinmichl, Berlin N., Bohenstraße 20.

\* Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von Chemnitz und mehreren Ortschaften der Umgebung wurden bekanntlich als Verein erklart und dann aufgelöst. Der Verbandsvorstand in Stuttgart hat, da ihm dieses Vorheben unerlässlich erschien, ein Vorstandsmitglied beauftragt, mit den betreffenden Behörden zu unterhandeln sowie über den Verstand der Einzelmitglieder in Sichernderen Maßnahmen zu treffen. Der dortige Bevollmächtigte ist bei der Polizeidirektion und der Königlichen Amtshauptmannschaft in Chemnitz vorstellig geworden und berichtet über das Resultat folgendes:

Die Polizeidirektion in Chemnitz begründet ihr Vorheben gegen die Einzelmitglieder in Chemnitz mit deren in ihren öffentlichen Versammlungen wahrgenommenen Erörterungen öffentlicher und politischer Angelegenheiten sowie mit der Annahme, daß die Versammlungen sich mit dem Gewerkschaftsarbeiter in Verbindung gesetzt haben. Unabhängig von dieser Ausführung steht und nicht als Fortsetzung des verbotenen Vereins gilt nach Besicherung des Polizeidirektors Herrn Seebold die Thätigkeit des Verbandsvorstand eingestellt. Die Bevollmächtigten der Einzelmitglieder machen sie sich auf Entgegnahme der Beiträtsurkunden, der Beiträge, der Auszahlung des Mietgeldes und Gestellung des Verbandsorganes an die Einzelmitglieder erfreut. Ebenso würde die Behörde gegen Abhaltung von Versammlungen der Einzelmitglieder nichts einzunehmen haben, sofern in ihnen nur Verbandsangelegenheiten erörtert werden würden. — In ganz ähnlicher Weise äußerte sich die Amtshauptmannschaft Chemnitz. Der Verbandsvorstand hat denn auch sofort in den oben genannten Orten Bevollmächtigte eingesetzt, welche als Mittelpersonen zwischen den Einzelmitgliedern und dem Vorstand dienen.

\* Die Flensburger Polizei hat an alle dortigen Gewerkschaften das Verlangen gestellt, binnen 42 Stunden die Mitgliederverzeichnisse einzurichten. Wie die Schlesw.-holst. Polizei-Bericht erklärt, ist die Mehrzahl der Gewerkschaften natürlich nicht gewillt, dieser Auflösung folge zu leisten, indem man die Ansicht ist, daß, da die Gewerkschaften sich mit politischen und öffentlichen Angelegenheiten nicht befassen, die Gewerkschaftsorganisationen auch nicht unter § 2 des Vereinsgesetzes gestellt werden können.

\* Über die Gewerbegerichts-Wahlen in Oschersleben wird berichtet man von dort: "Hier finden Ende des nächsten Monats die Gewerbegerichts-Wahlen statt. Einen Entwurf des Ortsstatut legte J. B. der Bürgermeister auch unserem sozialdemokratischen Berliner Vorstand vor, der die Gelegenheit wahrnahm, Borschke vor Grund unseres Programms zu machen. Unsere beiden Hauptforderungen: ist die Arbeitnehmer Wahl an einem Sonntag und November in allen Gemeinderäten veröffentlicht worden. Am einzigen Tagen vom Gemeinderat veröffentlicht, das das badische Ministerium gutheißt, verständlich."

\* Die mährisch-schlesischen Gewerkschaftsorganisationen und Bildungsvereine hielten in Brünn eine Konferenz ab, die von 128 Delegierten besucht war. Bildungsvereine waren vertreten 31, nicht vertreten 25. Sämtliche Arbeiter-Bildungsverein in Mähren und Schlesien besitzen 6365 Mitglieder, davon sind 5147 Männer und 718 Frauen. Gewerkschaftsvereine sind 29 vertreten, besitzen 11 859 Mitglieder, und zwar 11 742 Männer und 117 Frauen. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter befüllt sich auf 17 724. — Sämtliche Organisationen besitzen insgesamt 20 972 Bände in ihren Bibliotheken.

\* Der Kohlengräberaufstand im Westen von Schottland ist so gut wie beendet. 15 000 bis 17 000 Arbeiter kehrten zur Arbeit zurück, in den meisten Fällen bedingungslos und in einigen Fällen unter der Bedingung, daß die früheren Löhne fortgesetzt werden bis Ende Januar und daß man sich unterdessen bemüht wird, ein Einigungskomitee zu errichten. Die Bergleute von Ellesmere haben beschlossen, den Streit fortzusetzen, doch das Zusammensetzen im Westen, in Mid-Lothian und West Lothian wird eine Abstimmung stattfinden über die Frage, ob man zur Arbeit zurückkehren soll. Die Kohlenvorstände waren am Montag viel größer in Glasgow, und wenn die Arbeiter im jetzigen Verhältnis fortlaufen, zur Arbeit zurückzukehren, so befürchtet man eine "Lösung" (Abreißung). Es sind noch keine Anzeichen vorhanden, daß man beabsichtigt, die großen Stahl-, Eisen- und Hochofenwerke wieder in Betrieb zu setzen, und man weißt, daß in dieser Richtung irgend ein entzündender Schritt gethan wird, bevor man positive Sicherheit, daß die Arbeiter fest entschlossen sind, zu seinem Arbeit zurückzukehren.

\* Über die englischen Gewerkschaften hat das britische Handelsministerium eine Statistik aufgenommen, an welcher sich nach dem verdeckten Bericht 599 Gewerkschaften beteiligten, unter denen sich 117 nichteingetragene befanden. 103 bekannte Gewerkschaften in der Gesamtzahl von 7308, einige in den Kolonien, eine geringe Zahl im Auslande. Die Mitgliederzahl von 595 Gewerkschaften, 5 hatten keine Angaben gemacht — betrug nicht weniger als 1 237 367; ihr Gesamtmittelinkommen belief sich auf 170 9842 Pf. Sterling, ihre Ausgaben auf 176 5386 Pf. Sterling, das angekommene Vermögen im Besitz der Vereine auf 1844 149 Pf. Sterling, 208 Gewerkschaften mit einem Mitgliederstand von 745 648 zählten an Arbeitslosen-Unterstützung 386 973 Pf. Sterling, 308 Gewerkschaften mit 1 108 641 Mitgliedern an Streitunterstützung 467 291 Pf. Sterling, 193 mit 585 889 Mitgliedern an Frankenglas 214 618 Pf. Sterling, und 88 Gewerkschaften an Berufungsstädte Mitglieder 17 984 Pf. Sterling. Weitere zählten 74 Vereine mit 433 004 Mitgliedern 106 552 Pf. Sterling an Alterkosten und 817 mit 894 674 Mitgliedern an Begegnungsgebühren 83 879 Pf. Sterling. Endlich gehörten 420 Gewerkschaften mit 1 108 821 Mitgliedern 187 894 Pf. Sterling an Arbeitern anderer Art; für Verwaltungskosten und verschiedene Ausgaben wendete 690 Vereine 347 738 Pf. Sterling auf. Zum Vergleich mit 1891 kommen nur 381 Gewerkschaften herangezogen werden, die damals berichtet hatten. Diese vermehrten ihren Mitgliederstand um 82 161 oder über 3 Prozent und ihre Einnahmen um 296 688 Pf. Sterling, d. h. nicht weniger als 21,8 Prozent. Ihre Ausgabe belief sich auf 505 894 Pf. Sterling, d. h. 44 Prozent mehr als im Vorjahr, wovon der Hauptteil auf die Unterstützung der Arbeitslosen und Ausländern mit einem Plus von 380 806 Pf. Sterling entfiel. Ganz zeigten nur die Alterkosten (um 7000

Pf. Sterling) und die anderen Unterstützungen (fast 60 000 Pf. Sterling) eine Zunahme.

## Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter und Berufsgenossen

veröffentlicht in seinem Organ "Der Arbeiter" folgende Richtigstellung:

In Nr. 11 unseres Organs, "Der Arbeiter", vom 2. Juni dieses Jahres ist in einem Artikel unter dem Spitznamen "Solidarität unter Arbeitern" der Streit der Maurer in Bielefeld angelegt, aber auch gleichzeitig das Verhalten der dortigen Maurer als unsolidarisch kritischt. Ebenso wurde gegen die Neuerung des 2. Vorstandes des Verbandes der Maurer, H. Kober, welche derselbe während seiner Anwesenheit in Bielefeld hatte fallen lassen, energisch Protest erhoben. Hiergegen wurde nun von H. Kober Bemühung eingeleitet mit der Motivierung, daß der Inhalt des Artikels der Wahrheit nicht entspräche, indem daß von H. Kober Gefäße in einem ganz anderen Zusammenhang niedergegeben, auch den Maurern Bielefeld keine unolidarische Handlungswelle den freien Bauarbeiter gegenüber nachzuweisen sei.

Daraufhin ist die ganze Angelegenheit von unserer Seite in Verbindung mit mehreren unparteiischen Personen nochmals genau untersucht worden und hat sich endgültig folgendes ergeben: Die Bauarbeiter in Bielefeld haben den Streit schließlich genau wie dortigen Gewerkschaftsarbeiter und beim Ausbildungsbereich des Verbandes angemeldet und auch von beiden Körperbehörden die Genehmigung hierzu erhalten bekommen; nur der Vorstand des Verbandes rechtfertigte hieron in Kenntnis zu seyn, ist bestimmt worden.

Seit Eintreten in den Streit ist nun zwischen Bauarbeitern und Maurern die Abmilderung getroffen worden, daß an Bauten, wo Arbeiter vorhanden waren, ob Streitbrecher, oder ob dieselben von anderen Arbeit oder anderen Orten herangezogen seien, die Maurer arbeiten könnten, nur sollten sie (die Maurer) dann auf die Arbeit einstimmen, die Arbeit wieder zu verlassen. (Dieses war eine ganz widerständige Abmilderung.) Im Übrigen sollten alle Maurer jeden Morgen rechtfertig auf ihre Arbeit gehen, jedoch keine Arbeit verrichten, welche sonst die Arbeiter verrichten hätten. An einigen Bauten haben sich aber die Maurer hieran nicht gehalten, sondern wo keine Arbeiter waren, hat irgend einer der Maurer schließend Material herbeigeschafft. Einen Entschuldigungsgrund für diejenigen Maurer, welche kein Material herbeigeschafft haben, gibt es nicht, denn indem sie das von eigenen Kollegen herbeigeschaffte Material herarbeiteten, haben sie sich der Unsolidarität ebenfalls schuldig gemacht. Unserer Erachtung nach ist wohl den Maurern an diesen Bauten ihre unsolidarische Handlungswelle den streitenden Bauarbeitern gegenüber bewiesen. Was nun über das Auftreten des zweiten Vorstandes des Verbandes der Maurer, H. Kober, in dem betreffenden Artikel berichtet wird, ist falsch bis auf eine Ausnahme. H. Kober ist bei seiner Ankunft in Bielefeld sofort von einem Mitgliede der Streitkommission empfangen worden, und auf dessen Ersuchen hat auch derselbe in Begleitung des ersten Bevollmächtigten der Maurer Bielefeld, Becker, die Kommission aufgerufen, so daß also von einem gewaltsamen Eindringen keine Rede sein kann.

Ebenso hat die Neuerung: "Arbeiter werden hier nicht gemacht", nicht Kober, sondern Becker gemacht. Letzterer erklärte aber, die Neuerung deswegen gethan zu haben, damit es nicht den Anschein erwecke, als wäre diese Privatschreibung eine Erfolg, um also sich nicht in die Märsche des Borschkegeistes einzustellen. Somit bleibt nur die Neuerung von H. Kober wegen der Schulden unseres Organs. Es ist nun festgestellt, daß die Borschke über den Streit vollständig erledigt war, daß seiner das von Seiten Schöbel's angekündigte Gespräch, ein einheitliches Organ betreffend, den Streit nicht mehr berührte, und hierzu H. Kober erklärte, auf unserem Organ laufen Kaufleute von Schulden. Es ist nun bewiesen, daß H. Kober leichtfertig Behauptungen aufgeschaut hat, welche er durch nichts belegen könnte. Wenn auch diese Neuerung nicht in dem Zusammenhang, wie es im Artikel berichtet wird, gebracht ist, so muß es aber doch jedem einleiden, daß derartige Behauptungen sehr schädlich für eine Organisation wirken, wie es bei uns in Bielefeld tatsächlich geschehen ist.

## Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter u. Berufsgenossen.

### Aus der Schweiz\*

Ende September, als diesen Sommer durch die Zeitungen das Gerücht ging, in Béveillon contre le Tonnerre sei ein Streit der Maurer und Handlanger ausgebrochen, da wurde dort, wie jetzt von der neuwähnten Seite im "Grüttaler" mitgeteilt wird, noch garnicht an einen solchen Streit gedacht. Es wurden nur von einer dazu bestimmten Kommission Erhebungen ange stellt über die Inhalte des vor drei Jahren vereinbarten Tarifs.

Die Unternehmer waren sich bewußt, daß sie die Arbeiter hintergingen und mögen wohl gedacht haben, durch solch vorzeitiges Kaufmärsche gegen Streiter einer allgemeinen Lohnbewegung die Spalte zu schließen.

Die von der Kommission gemachten Erhebungen über die Lohnsätze ergaben, daß der vereinbarte Tarif fast garnicht mehr eingehalten werde. B. statt 40 bis 55 Pf. die Stunde für Maurer war 40 Pf. selten und unter 40 Pf. die Regel. Nun schrieb der Fachverein der Maurer und Handlanger an den Meisterverein Witten August einen Brief, in welchem um Abfallen der Lohnsätze erfuhr und eine Kommission der Arbeiter vorgelegt wurde zum gemeinsamen Unterhandeln.

Daraufhin keine Antwort. Nun schrieb das Befreiungsverein am 31. August und erfuhr wieder um baldigste Antwort, da dann, aber ohne auf die Sache näher einzugehen, am 7. September antrat, als die Arbeiter, ungebüldig über das lange Hinzuhalten zu einer für sie günstigen Zeit, den Streit beschlossen hatten.

Am 10. September trat die Mehrzahl der Maurer und Handlanger in den Streit und am 11. d. letzten, so daß beinahe 500 Arbeiter stellten und die damals berichteten Bauplätze verdeckt sind. Man sieht nur ab und zu die Kontorettas mit einigen Getreide herumhantieren, doch ohne daß dadurch die Arbeit fortgesetzt oder den Streitenden Abbruch gehabt würde.

Bis heute (24. September) hat sich noch nicht viel an der Lage geändert; die Arbeiter, meistens Italiener, halten eine wahrhaft musterhafte Ordnung, so daß selbst die



Bekanntmachung haben vier hiesige Zimmerleute, wovon zwei Hausbesitzer, in Bremen als Streitbrecher gearbeitet. Kollege Bresser erklärte, daß die Sache in nächster Zeit in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zur Beratung und Beschlusssitzung kommen werde. Dann wurde Kollege Kötisch für das vierte Quartal als Kolporteur gewählt und Kollege Bresser wurde gewählt als Auszähler der Banderunterführung. Ein Antrag, die Versammlungen aller vier Wochen abzuhalten, wurde noch längere Debatte abgelehnt. Schluß 10 Uhr.

**Lauenburg (Elbe).** Am Sonnabend, den 15. September, 10½ Uhr, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle statt. Nach Eröffnung der Kassen geschäfte gab der Bevollmächtigte bekannt, daß einige Mitglieder, die über Band arbeiten, sich bei ihm beschwert hätten, daß ihnen der tarifmäßige Lohn, nämlich das Landarbeit, nicht ausbezahlt worden sei. Redner gab seinem Bedauern über dasartige Vor kommisse Ausdruck und sagte hingegen, daß hauptsächlich solche Mitglieder von einem solchen Geschäft betroffen werden, die gewöhnlich gleichzeitig der Bewegung gegenüberstehen und sich erst dann dem Verbundes erinnern, wenn ihnen gegenüber die Meister die nötige Rücksicht in Abrechnung des Lohnes wägen lassen und sie sich allein nicht mehr helfen können; wenn sie moralisch schon bestimmt sind, rufen sie um Wahl und Hilfe. Wenn sie doch recht bald zu der Einigkeit kommen möchten, daß nur durch die Einigkeit der großen Masse etwas zu erreichen ist! Nach einer längeren Diskussion, in welcher sich alle Redner im Sinne des Bevollmächtigten äußerten, wurde beschlossen, daß die hierzu eingeladenen Mitglieder nicht erscheinen waren, am Sonntag, den 20. September eine Extraversammlung abzuhalten und die Befriedeten zu derselben nochmals einzuladen. Im Punkt "Beschiedenes" und "Fragestellungen" verlas zunächst der Kassier H. Schumacher die Bestandenliste. Auf derselben waren vereinbart: W. Moldenhauer, F. Schärberg, C. Hößermann, F. Stille, Durloch, Kruse, Kestner, Böckeler, Laubweg und Brandt aus Lütau. Neben einer in Frage gestellten enthaltene Frage: "Sind keine Ausstellungsbarteln als Notarbeit zu betrachten?" entnahm sich eine lebhafte Auseinandersetzung. Während von der einen Seite behauptet wurde, die Arbeit hätte sich so ertragen lassen, daß sie bei gewöhnlicher Tagesarbeit fertig geworden wäre, wurde dem andererseits entgegengestellt, daß alle Arbeiten, bei denen der öffentliche Verkehr in Frage kommt, als Notarbeit zu betrachten seien. Durch die Abstimmung erklarten sich die Mitglieder mit Ausnahme eines, daß die letztere Ausschaltung und wird demgemäß die drohende Arbeit als Notarbeit angesehen. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte die Mitglieder auf, ihr Statistikbuch in Ordnung zu bringen und dasselbe abzulegen, damit in diesem Jahre ein vollständigeres Ergebnis als im vergangenen Jahre erzielt werde. An die aus dem Lande wohnenden Mitglieder richtete er die Aufforderung, zu dem am Sonntag, den 20. September, Nachmittags 4½ Uhr, stattfindenden Extraversammlung gekommen und vorsichtig zu erscheinen. Schluß der Versammlung erfolgte um 10½ Uhr.

**Flensburg.** Am 26. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle statt. zunächst erklärte der Vorstand, daß die Lauenburger Kollegen sich sehr über die Beteiligung der Flensburger Kollegen an dem Streit geärgert haben. Im "Beschiedenes" wurde in Anregung gebracht, daß der Nachstrebendienst wieder im Bureaum begrißt sei. So hätten jetzt wiederum einige untergeordnete Kollegen einen ganzen Neubau nach Freitraden und Sonntag aufgeschlagen. Es entpankt sich hierdurch eine lebhafte Debatte. Die befriedeten Kollegen, welche eingeladen waren, erklärten, daß sie in geordneter Lage seien und es deshalb gehan hätten. Derselben wurde eine derde Rüge entthoben. Sobann teilte der Vorstand, daß die Versammlungen immer so schwach besucht seien, so daß minuter gar keine Versammlung stattfinden könne. Er erachtet, jeder Kollege möge doch daran erinnern, daß wegen Regelung der Arbeitszeit nach der neuen europäischen Zeit und wegen der Hauptversammlung die nächste Versammlung besser besucht sei. Sobann werden die lärmenden Zahler erachtet, doch in der nächsten Hauptversammlung zu erscheinen und ihre rüstdienlichen Beiträge zu entrichten.

**Hannover.** Eine öffentliche Maurerversammlung fand am 26. September unter dem Vorsitz der Kollegen E. Bönies und T. E. im großen Saale des "Völkers" statt. Nach der ersten Punkt der Tagesordnung, "Lohn- und Klostensämpfe", sprach Reichstagsabgeordneter Meister, wobei derselbe eine Forderung aussprach: "Als Fassade im Jahre 1863 die Arbeiter aussorberte, sich zu vereinigen, schlug diese Aufrüttung wie eine Bombe ein in die Kreise der Bourgeoisie. Sie sah dann sofort die Gefahr eines Kriegs und Schrecken die Arbeiter als leidenschaftliche Klasse austrocknen und begann sofort den Kampf. Zwei Jahrzehnte lang hat sich die Bourgeoisie bemüht, die Arbeiter zurück zu halten in ihren Bestrebungen, man bot ihnen Versammlungsrechte, Befreiungen und sonstige Vorleistungen. Die damalige Fortschrittspartei entsandte Delegierte nach England, um deren Gewerkschaften zu prüfen. Da sah die Trades-Unions nur im gewerkschaftlichen Kampf bewegen, so wollte auch die deutsche Bourgeoisie den Arbeitern plausibel machen daß die Forderungen eines Kriegs und Hasses irrtig seien. Die Arbeiter griffen dann auch teilweise zu dem Mittel der Gewerkschaften, welche noch heute unter dem Namen Hirch-Dunder ein Scheindienst leisten. Der Grund ist: Friede und Harmonie willches Kapital und Arbeit. Die Bourgeoisie hatte deshalb nichts dagegen, wenn die Arbeiter auch mal Lohnforderungen stellen und ihnen auch dann und wann einige Zugeständnisse gemacht werden müssten. Was die Bourgeoisie aber erzielte wollte, die Arbeiter wieder einzulullen, ist nicht erreicht, vielmehr das gerade Gegenteil. Die Arbeiter sind zu der Extremisten gelangt, daß sie auch auf anderem Gebiet zu kämpfen haben, daß Fassade Recht hatte, der Bourgeoisie entgegenzutreten. Hätten die Arbeiter aber die Gewerkschaftsbewegung nicht gehabt, die sichige Arbeiterbewegung könnte nicht auf dem klassenbewußten Standpunkt, auf dem sie heute steht. Die Bourgeoisie betrachtet es als Klostensämpf, wenn man seine berechtigten Forderungen zur Geltung bringt. Auch der Bierboykott, welcher nur auf gewerkschaftliche Ursachen zurückzuführen ist, ist ein Klostensämpf, wie er hartnäckiger noch nicht dagewesen ist. Ein Lohnkampf werden überhaupt von Tag zu Tag hartnäckiger. Das Kapital ist ausgerückt mit allen Börsen, während die Arbeiter weiter nichts besitzen, als ihre eigene Kraft, die sich ebenfalls ist als Klostensämpf, wenn man seine berechtigten Forderungen zur Geltung bringt. Auch der Bierboykott, welcher nur auf gewerkschaftliche Ursachen zurückzuführen ist, ist ein Klostensämpf, wie er hartnäckiger noch nicht dagewesen ist. Ein Lohnkampf werden überhaupt von Tag zu Tag hartnäckiger. Das Kapital ist ausgerückt mit allen Börsen, während die Arbeiter weiter nichts besitzen, als ihre eigene Kraft, die sich ebenfalls ist als Klostensämpf, wenn man seine berechtigten Forderungen zur Geltung bringt. Aber die Bierjungen, die im Verbande sind, haben einfach den Besitz bekommen, wenn sie nicht aus dem Verbande gehen, würden sie nicht angefangt. Hier stehen nämlich die organisierten Arbeiter in dem Grunde, Sozialdemokraten zu sein. Wenn man den betreffenden Herren darauf antwortet,

daß hierzu die Veranlassung. Die Arbeiter haben gut gehan, in den letzten Jahren sich nur auf Klostensämpf zu befrüchten. Die Konkurrenzuren waren nicht dazu angelegt, um in Angrikäffstest einzutreten; die wenigen Lohnkämpfe aber, welche stattgefunden haben, fast alle ein ungünstiges Resultat zu verzeichnen gehabt. Es ist notwendig, daß das Koalitionskreis nicht nur auf dem Papier steht, es steht das Recht der juristischen Person, dieses kann nur durch Klostensämpf auf politischem Gebiet erungen werden. Auch die englischen Arbeiter sehen jetzt ein, daß sie sich mehr mit der politischen Bewegung beschäftigen müssen. Die hiesigen Unternehmer handeln bewußt oder unbewußt nur im Interesse der Unternehmer; kommt es bei ihnen aber zum Klostensämpf, so geht derselbe in den meisten Fällen verloren, wie seinerzeit der Waldenburger Streit, welcher durch Betrieb zu Ende ging. Die heutigen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, wenn auch in den Gewerkschaften keine Politik getrieben werden darf. Sie steht also das Kapital in einzelnen Händen konzentriert, je schneller vollzieht sich der Ausflugsprozeß, desto heftiger wird der Klostensämpf. Daraum, organisieren wir uns! Wenn wir mit genügend will, muß auch mit thätig sein. Unsere Gegner, wenn auch unter sich uneins, stehen uns geschlossen gegenüber, deshalb ist es notwendig, die uns noch fernstehenden der gewerkschaftlichen wie politischen Bewegung zuzuhören. Als eine Ehrenpflicht muss es jeder Arbeiter betrachten, beiden Organisationen anzugehören. Haben wir uns gebürgt organisiert, dann haben wir für die Bürgschaft vorgearbeitet. Lohnkampf und Klostensämpf ist eins, Lohnkampf gewerkschaftlich, Klostensämpf politisch, was uns dazu an Kapital abgibt, muß die Kraft des Geistes erzeugen." (Beifall) An der Diskussion beteiligte sich nur Kollege Grothe. Er bedauert den Unzug der schwäbischen Börsen, Abreisungen und Prozesse, welche den Arbeitern aufzuhängen werden, während die Kriegervereinte und Antisemiten schaffen und wälzen können, wie es ihnen beliebt. Die Kriegervereinte erinnert man an ihre militärischen Pläne, damit sie für das Kapital thätig sind. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Welches Resultat haben, wie durch unsre Stellungnahme gegen die Bierboykottrungen erzielt und was lehrt uns dasselbe? Beide der Vertrauensmann Kolleg E. Bönies mit, daß infolge unseres Auftretens verschiedene Kollegen Bierboykottrungen erhielten; es müsse dies ein Spur für alle Kollegen sein, immer mehr für den Verband zu wünschen. Nachdem dann noch mehrere Kollegen in demselben Sinne gesprochen, erfolgte Schluß.

**Nordhausen.** Am Dienstag, den 18. September, hielt die hiesige Zunftstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Entrichtung der Beiträge, Fleischkunde und Berichtes. Nachdem die Kaisergeschäfte erledigt waren, brachte Kollege Pommmer in der Leistungsfahrt einen Bericht aus Hannover aus Nr. 97 des "Grundsteins" zur Verleihung, welcher ganz für die Nordhäuser Bevölkerung angezeigt ist. Im "Beschiedenes" machte der erste Bevollmächtigte eine Mitteilung, daß in letzter Zeit verschiedenes Unglücksfälle passiert seien und stellte den Antrag, welcher auch Zustimmung fand, in einer demnächst stattfindenden Maurerversammlung dahin zu votzen, eine Petition an den Magistrat gesandt werde, um Errichtung einer Bauschule. Dann verließ der Kassier E. Pommmer die Abrechnung von 4 Tageslöhnen. Derselbe ergab eine Einnahme von M. 45,90, die Ausgabe betrug M. 44,71, mithin verblieb ein Überschuß von M. 1,19. Nun machte Kollege Pommmer die Mitteilung, daß er wegen Gewerke Kontravention angefochten sei. (Vergessen, gegen § 33 der Gewerbeordnung, §§ 69, 70 des Gesetzes vom 24. Juni 1891.) Der Sachverständige in Folgender: Die hiesige Zunftstelle unterhält nicht ein Biercafé nach dem Börsen, und batte Kollege Pommmer einen Biercafé nach dem Börsen, und batte Kollege Pommmer eine Regelung der Bierangelegenheit übernommen; er wurde deshalb in eine Etage von M. 20 event. 4 Tage Gefängnis genommen.

**Lehe.** Am 26. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abstiftung der Statistikbücher. 2. Abreise eines Stiftungsfestes. 3. Wahl eines Kolporteurs. 4. Beschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Simon das Wort und machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß vor der nächsten Versammlung ab die Statistikbücher einzuziehen sind, und legte es den Kollegion an's Herz, dieselben gewissenhaft auszufüllen. Hierzu macht der Bevollmächtigte bekannt, daß ein Mitglied gewählt werden müsse, welches die Meisterschaftsvorstellung vom 1. November bis 1. April ausübt. Kollege Schöfmeier wurde hierzu einstimmig gewählt. Zum zweiten Punkt, "Abhaltung eines Stiftungsfestes", wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 20. Oktober im Vereinstiale abzuhalten. In das Comité wurden die Kollegen U. Krause, A. Kuhrt, W. Beckmann gewählt. Zum dritten Punkt, "Wahl eines Kolporteurs", erklärte Kollege Schöfmeier, den Posten freiwillig annehmen zu wollen. Im Punkt "Beschiedenes" wurden noch einige innere Angelegenheiten geregelt und erfolgte dann Schluß.

**Barth.** Am 22. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle im Lokal des Herrn Wende, Bausstraße, statt, weil unter vorheriges Lokal und wieder offensichtlich gemacht war. Aufgenommen wurden fünf neue Mitglieder. Im "Beschiedenes" war eine Anfrage eingelaufen: "Wie verhalten wir uns zur Quartalsfeier?" Hier besteht nämlich noch ein Stütz vom Bierkost. Es wurde hauptsächlich hergehoben, daß wir darnach streben müßten, dies zu verhindern. Denn, wie schwer wird es nicht manchen brauen Eltern und Witwen, die Gelder dazu aufzubringen für ihre Söhne, die dann an einem Tage so ganz nutz- und zwecklos vergeudet werden. Aber es liegt viel an dem älteren, uns feindseligen Kollegen, die sagen sich einfach: "Wir haben es immer so gehabt und so wollen wir es beibehalten!" Es wurde aber von oben einstimmig beschlossen, uns an diesem Stütz nicht zu beteiligen. Ebenso gestaltet sich hier das Verhalten der Kollegen zum Verbande. Da sagen sie sich auch, die Großherren, die sie dafür geben, die dafür ausgegeben wird, eben so möglich ist, als das Stück Brodt, was sie in den Mund stecken. Und dieses nicht allein, sie rehen noch den jüngeren Kollegen davon ab. Aber darum nicht verzagt, Kameraden, immer frisch an's Werk, ein Reder muß Agitator sein; denn vereinigt sind wir nichts, vereinigt aber eine Macht! Wie haben hier nämlich viel zu kämpfen, denn schwer besteht hier eine Rücksicht, wo im Winter auch mehrere Bauhandwerker in Besitznahme stehen. Aber diejenigen, die im Verbande sind, haben einfach den Besitz bekommen, wenn sie nicht aus dem Verbande gehen, würden sie nicht angefangt. Hier stehen nämlich die organisierten Arbeiter in dem Grunde, Sozialdemokraten zu sein. Wenn man den betreffenden Herren darauf antwortet,

dass die Verbände nur gewerkschaftlicher Natur sind und überhaupt keine Politik in denselben getrieben werden darf, so glauben sie es eben nicht. Nachdem die Kollegen noch erwähnt worden, schreit zahlreich an Versammlungen zu beteiligen und fleißig zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

#### Bauhandwerker.

**Pankow.** Am 22. September fand im Lokal des Herrn Lehmann, "Rödter", eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt mit der Tagesordnung: "Die Schäden im Bauwesen (Schäden die Nicht- und Überhundertarbeits) und wie ist dieser abzuhelfen?" Kollege Frank aus Berlin, der an der Versammlung ersehen war, ergriff zunächst das Wort. Er stöhnte aus, daß das Goldbaritätsgefecht unter den Arbeitern thierweise noch sehr wenig ausgebildet und demgemäß gegenwärtiger noch die Beleidigung vorherrschen seien. Viele Kollegen klopften wohl freudigst die Brust, doch wurden diese, weil keiner Organisation angehörig, leicht Streitbrecher. Heute die Nicht- und Überhundertarbeits äußerte der Redner sich dahin, daß die selbe wohl enthebt werden könnte. Das Tagesstück würde mehr als ausreichend sein, alle erforderlichen Arbeiten herzulegen, man brauche nur den Zusammensetzen von Arbeitern, die bei Tage das Straßenspülken treten, Besitznahme zu geben. Aber weil das Unternehmer-Prozentum die Kollegen nicht zu genug bekommen können, würden die Arbeiter gezwungen, bei künftigem Nicht zu arbeiten. Dieser Abschluß müsse bestätigt werden. Im Bezug auf den Achtkunderttag erklärte Redner, daß derselbe durch eine gute gewerkschaftliche Organisation zu erreichen sei als durch die Gesetzgebung. In der Diskussion schlossen sich E. Höhfeld und Sasse den Ausschreibungen des Redners an; Sasse war aber der Ansicht, daß dieses nicht so leicht sei, weil es noch zu viele Indifferente gäbe. V. Bäcker war der Ansicht, daß die Allordarbeit aufzubrechen müsse. Im "Beschiedenes" gab Kollege Wancke bekannt, daß Berliner Bäcker in einem hypothetischen Lokal verkehrt, es sei dies die Kolonne Bäcker in der Breitestraße. Nach einzigen Schlussreden des Kollegen Schulz erreichte die Versammlung ihr Ende.

#### Krankenkasse.

**Berlin.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zentralversammlung der Maurer, Steinmetze, Söpfer usw. tagte am Donnerstag, den 20. September, Abends, in Deimgold's Lokal, Alte Jakobstr. 22a. Herr Jancke stellte den Antrag, die Zunftstelle im Norden zu teilen und für Wedding und Umgegend noch einen zweiten Zunftstättchen zu wählen. Derselbe wurde angenommen und folgende Stellvertreter für Wedding gewählt: August Witte, Böttmannstr. 2, I. III., und fälsst Sonnabends Abends von 8—10 Uhr; Wedding, 9 bei Raffowitz; für Norden Franz Ebert, Schmiedeunderstr. 49, I. III., und fässt Sonnabends Abends von 8—10 Uhr; Peterstraße, 2 bei Peterhoff und Montags Abends von 8—10 Uhr; Dudenhof und Deichstrasse 10 bei Schmidt; für Osten Witzig, Schulz, Pöhlenerstr. 19, und fässt Sonnabends und Montags Abends von 8—10 Uhr; Mädererstr. 8 bei Böhl; für Süden Otto Fuhrmann, Spiegelstr. 27, und fässt Sonnabends und Montags Abends von 8—10 Uhr bei Hofmann; für Südwesten August Vierling, Schenckendorffstr. 2, I. und fässt Sonnabends Abends von 8—10 Uhr, Wittenwalderstr. 45 bei Böse; für Westen Franz Willms, Steinmeisterstr. 23, Querstr. 11, und fässt Sonnabends Abends von 8—10 Uhr, Wittenwalderstr. 45 bei Böse; für Südwesten 5 bei Schröder; für Montags Abends von 8—10 Uhr Thürmerstr. 84 bei Holzheuer. Zur Besitzerschaftung der Bevollmächtigten für Südwinkel führte Herr Jancke aus, daß er in diesem Jahre 24 Termine beigelegt habe. Die Unfälle waren im Allgemeinen von weniger Bedeutung, mit Ausnahme von zwei Fällen: einer bei dem Handelsamt in der Kochstraße, bei welchem es mit dem Unternehmer zu einer harren Auseinandersetzung gekommen sei. Im anderen Falle hielten zwei Maurer am Quersteig bei einer Hauseigentümmerin eine Rüge auszubütteln und zu streichen. Der Eine, welcher die Arbeit von der Hauseigentümmerin nicht übertragen erhalten hatte, hatte das Ding, von einer Börse zu stützen, so daß nach einigen Stunden der Tod erfolgte. Den Hinterbliebenen sei die volle Rente zu gegeben, weil die Hauseigentümmerin als Arbeitgeberin anzusehen sei. Redner erklärte, daß es ihm schwer gemacht sei, jeden Termin beizuhören, denn es erhalte nur der eine eine Entschädigung, der den Nachwuchs führen kann, daß er einen Ausfall an Arbeitsverdienst hat. Dies sei ihm oft unmöglich, besonders wenn er arbeitslos sei, da nach dem neuen Gebrauch derjenigen, der die Besitzschaftung sucht, keinen Ausfall an Arbeitsverdienst hat, mitunter auch nicht entlastigt wird. Die Verhältnisse genauso wie in dieser Art Erfahrungen. Herr Willms gab als zweiter Bevollmächtigter Kenntnis, wie Kollegen die Tageszeitungen ihr Werk, welche sie zu Prototyp geben, oft nicht kennennen können. Das sei der Fall, wie der Kollege Koebel gegen den Beurteilungskreis erriet aus dem Bau in der Bismarckstraße ausgestopft habe. Hierzu schloß sich eine rege Diskussion. Durch einen Antrag wurde Herr Behrendt verpflichtet, um seine Entschädigung zu erhalten, beim Reichsversicherungsaamt Beweise einzulegen, um die Praxis rückgängig zu machen. Nach einer Mitteilung des Bevollmächtigten Herrn Garde wurde die Versammlung geschlossen.

#### Eingesandt.

**Aus Schmölln, S. II.** Eine Interessosität, wie sie hier am Orte unter den Maurern, für die Gewerkschaftsbewegung herrscht, sollte man kaum für möglich halten. Man weiß wirklich nicht, mit was für einem Namen man diesen kennzeichnen soll. Haben denn die Maurer hier am Orte einen solchen Zunftkampf, daß sie es nicht nötig haben, für ihre Interessen und für ihre Familien einzutreten? Kollegen, die Fragen viele nicht können, mit der Börse, den Vorbau, den Ihr jetzt noch hellweiss bekommt, der Eigentülf der Maurer hier selbst zu verdecken und dann beider, daß die Verbände nur gewerkschaftlicher Natur sind und überhaupt keine Politik in denselben getrieben werden darf, so glauben sie es eben nicht. Nachdem die Kollegen noch erwähnt worden, schreit zahlreich an Versammlungen zu beteiligen und fleißig zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

kommt und besucht unsere Versammlungen, denn es ist eine Schande, wie schwach die letzten Versammlungen befunden waren. Sie haben bei Gründung unserer Bahnhöfe versprochen, die Versammlungen höchst zu besuchen. Und Ihr, Kollegen, die für den Verband noch fernstehen, schließen Euch uns an, denn nur dann, wenn wir Mann für Mann der Organisation angehören, sind wir eine Macht mit der das preußische, preußischstämmige Unternehmenskunst rechnen muss. Denkt vereinzelt sind wir nichts, vereint Alles.

Franz Dehne, d. B. Schriftsteller.

Aus Münster i. W.

#### Auftruf an die Kollegen in Oppeln!

Die Kollegen in Oppeln ersuchen mich, eine örtliche Verwaltungsstelle des Centralverbandes der Maurer, Gläser (Weißbinder) und Stuckaturen Deutschlands zu gründen. Die Mehrzahl der Mitglieder des Centralverbandes ist ja auch in der Centralverwaltungsstelle, also ist die Gründung einer eigenen Verwaltungsstelle nur mit geringer Mühe verbunden. F. Hennel.

Aus Köln a. Rh.

#### Auf die Mauern von Rheinland-Westfalen!

Bezug nehmend auf unseren Auftrag vom 1. September führen wir uns verantwortlich, die Kollegen darauf hinzuweisen, daß bis jetzt erst eine einzige Stadt die Verbrauchsmauerwahl vorgenommen und uns davon heranreicht hat. Wie Ihnen nicht umhinkommt, den gesammelten Kollegen den Vortrag der Rätsigkeit zu machen. Vom Beschluss sind wir verpflichtet, alle vierjährige Bericht über unsere Tätigkeit zu erstatten. Wenn die Kollegen von Rheinland-Westfalen und so weiter unterstützen wie bis jetzt, so machen wir sie darauf aufmerksam, daß unser Bericht keine Schmeckereien für sie enthalten wird, und wie die uns auferlegten Pflichten nicht erfüllt werden können. Die Delegierten der Konferenz mögen bedenken, daß sie die Notwendigkeit einer regeren Agitation allen anerkennen und vielleicht in die Hand geben haben. Wie haben den Willen etwas zu thun und bedürfen daher der Unterstützung. Oder ist mit dem Beschaffungssatz die Sache erledigt? Wir rufen Euch hierdurch die Verhandlungen der Konferenz sowie unseren Auftrag in's Gedächtnis zurück, in der Erwartung, diesen Appell nicht umsonst an Euch gerichtet zu haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß.

Das Agitation-Comité.  
F. A. H. Holz, Köln.

Aus Hannover.

**Auftruf an die Kollegen der Provinz Hannover.**  
Kollegen! Zu keiner Zeit ist die gewerkschaftliche Organisation notwendiger gewesen, als gerade jetzt, wo wir uns in einer wirtschaftlichen Krise befinden, die sich auch in unserem Gewerbe durch die vernünftige Baufähigkeit macht. Beide sind noch sehr viele Kollegen in dem Wahl bezogen, daß die gewerkschaftliche Organisation nichts nützt, wenn die Baufähigkeit keine sehr rege sei; doch dieses ist ein Irrthum. Große in solchen Städten haben wir am meisten unter den Chirurgen der Meister und vor Allem durch die Wohnungsbauteile zu leben. Alles dieses würden wir nicht zu erdenken haben, wenn wir gut organisiert wären. Hat und doch die Erfahrung gelehrt, daß in Osten, wo die Kollegen gut organisiert waren, der Sohn trotz der großen Arbeitslosigkeit nicht reduziert wurde; nicht etwa, weil die Meister sehr human waren, sondern weil sie die gute Organisation der Gesellen stützten. Diese Tatsache muß für die Kollegen ein Anhänger sein, dort wo noch keine Organisation besteht, eine solche zu gründen, und dort, wo schon eine Bahnhöfe unseres Verbandes existiert, dorthin zu wenden, daß jämmerliche Kollegen demselben beitreten. Die Kollegen in der Stadt Hannover haben vor einiger Zeit eine Agitationskommission gewählt, welche die Organisation der Kollegen in den kleineren Städten und größeren Ortschaften der Provinz Hannover betreuen soll. Dieselbe wendet sich nun an Euch mit der Ermunterung, dafür Sorge zu tragen, daß in Eurem Wohn- oder Beschäftigungsort so bald als möglich eine Bahnhöfe des Centralverbandes der Maurer Deutschlands gegründet wird. Die Kollegen aus solchen Orten, wo zwar eine große Anzahl Maurer vorhanden, die aber fast künstlich gesetzungen sind, sich in der Fremde Arbeit zu suchen und nur in den Wintermonaten bei ihrer Familie sind, fordern wir ganz besonders auf, im Laufe des Winters in ihrer Heimat Maurerversammlungen einzuberufen, damit dort den Kollegen die Wohlverdienste des Organisation vor Augen geführt wird. Wenn es auch zwecklos sein würde, dort dann eine Bahnhöfe unseres Verbandes zu gründen, so werden die Kollegen aber doch eher zu zweigen sein, in der bett. Stadt, wo sie arbeiten, dem Verbande beizutreten. Um etwaige Auflösung und Unterdrückung, sowie um Reaktionen in den Versammlungen wende man sich an die unterzeichnete Kommission, welche alles thun wird, was in ihren Kräften steht.

Mit sozialdemokratischem Gruß.

Die Agitationskommission der Maurer Hannovers.  
F. A. Herm. Dönnies, Hannover, Grasweg 12 A, I.

#### Gerichts-Chronik.

\* Die politische Rechtslosigkeit der Frau. Das preußische Kammergericht hat eine Entscheidung von allgemeinem Interesse gefällt:

Frau Threx hatte vor einiger Zeit in Biegnitz eine Rede gehalten und die Frauen und Mädchen dafolgend aufgefordert, an der Agitation für die Sache der Arbeiterpartei teilzunehmen; die Frau gehörte nicht in's Haus, sondern in die Volksversammlung, um sich die ihr zufrommenden Rechte zu erobern. Alle Frauen sollten dafür sorgen, daß ihre Männer ihre ganzen Kräfte der Agitation widmeten. Bald daran wurde in Biegnitz ein Bildungsverein für Frauen und Mädchen gegründet, der sich nach den Statuten das Ziel stellte, die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Frauen wahrzunehmen und zu fördern. Das Vereinsorgan wurde die „Gleichheit“ gewählt und einige Male wurden aus dieser und einer anderen Zeitschrift im neuengründeten Frauenverein Artikel verlesen, in welchen das Wahlrecht der Frauen und die Gleichstellung aller Menschen verlangt wurde. Nunmehr wurde der Verein aufgelöst und die Vorleserinnen des Vereins, Frau Hirsch und Geissmann, in Strafe genommen. Auf die beantragte gerichtliche Entscheidung erkannte das Schiedsgericht aus der Angestellten und während die Strafkammer

die Vorentscheidung aufsob und die Angeklagten zu Geldstrafen verurteilte. Die Strafkammer in Biegnitz nahm an, daß der in Frage stehende Frauenverein politische Zwecke verfolge, was aus der Entstehungsgeschichte des Vereins und aus den in demselben zur Verleistung gelangten Zeitungsaussichten folge. — Ein gegen diese Entscheidung eingelegte Revision der Angeklagten beauftrate, daß preußische Vereinsgesetze von 1860 verbietet nur Vereinen, deren Mitglieder Männer sind, Frauen aufzunehmen; auch ergebe sich noch nicht aus der Verleistung von einigen Zeitungsaussichten, daß der Verein politische Zwecke verfolge. — Das Kammergericht als letzte Instanz erklärte die Revision aber für nicht begründet und nahm an, daß Vereine, die nur aus Frauen bestehen, politische Zwecke nicht verfolgen dürfen, wie es hier der Fall war.

#### Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2).

Die Nr. 86 vom 27. September hat folgenden Inhalt: Bodenbau. — Die Sozialdemokratie und die Kassenregionalisation. — Dr. David, Landtag. — Schluss: Verstaatlichungen, die nächste Zukunft. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtentste. — Literatur.

Statistische Kreiszeitung, V.: Heirathsstatistik. — Brief von Cornelius-Amsdorf. — Aus Holland. — Eine Enquête über die Wirkungen der Waisenlinie. — Mangel an Landarbeiter. — Aus Holstein. — Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Agitation. — Aus den schwäbischen Grubenbezirken. — Agrarsch. — Industrie. — Sozialstatistik. — Gewerkschaftliches.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dies, Verlag) ist soeben das 52. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt hervor-wir hervor: Gustav Adolf. — Am Gedenstag der „Internationale“. Von Ed. Bernstein. — Zur Lage des bayerischen Bauernstandes. (Schluß.) — Berliner Theater. Von F. Wehring. — Die „Internationale“ und die Schule. — Notizen: Volk und Sozialreform. — Proportionale Wahlverfahren. — Feuerstein: Aus zwei Reichen. Ein Stragenbild von Bernard Tag.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W., Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierjährlich M. 250. Einzelnummern 20.- Erschienen ist Nr. 52, 8. Jahrgang.

Heft 14 des Posts-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Busch, Verlag von Wörlein & Comp., Bärnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende, größere Teile:

Befähigungs-nachweis, Belgien, Benzin und seine Derivate, Bergarbeiter (I. Bergbau, II. Ausbildung der Bergarbeiter, III. Statistik des Bergbaus und der Bergarbeiter, IV. Organisation und Lage der deutschen Bergarbeiter a) im Privatbetrieb, b) im Staatsbergbau, V. Außerdeutsche Bergarbeiter-Organisationen und internationale Bergarbeiter-Kongresse, VI. Schubgesetze und Kaufmänner für Bergarbeiter.

Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Posts-Lexikon kann durch jede Poststation bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6679a (9. Nachtrag) im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 760a (Nr. 26 des B. Bl.) eingetragen.

Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Spinn vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einführung von W. Liebknecht et al. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Posts-blatt, 11. Lieferung S. 451—528. Preis 21.-

Zu dem soeben zum Ausgabe gelangten 11. Heft dieses Werkes wird der Schluss des alten Heinz'schen Soldatenflugblattes abgedruckt; um dafolge drehen sich dann die Prozeß-Beschreibungen. Die Angeklagten, sowie die Mitglieder des Parteiausschusses wiesen mit Entschiedenheit jede Solidarität mit diesem Flugblatt zurück; so erklärte Liebknecht, daß solche Agenten oder Zollbeamten einzfallen könne, mit Abschriften, wie dem Heinz'schen Flugblatt, Propaganda unter den Soldaten zu machen. Die Erklärungen über dieses Flugblatt, sowie über die Person des Verfaßers sind von bleibendem Interesse, ebenso die Darstellung des Verhältnisses des Partei-Ausschusses zum Generalrat des Internationals. Sehr wertvoll sind auch die sich aus den Prozeß-Beschreibungen ergebenden Einsichten in die Tätigkeit der Parteileitung und die Schilderung ihres Verhältnisses zur Redaktion des Centralorgans. In diesem Heft wird die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt und die Vernehmung der drei Partei-Ausschüsse begonnen.

Deutscher Handwerker und Arbeitert-Notizkalender für das Jahr 1895. 17. Jahrg. Verlag von Wörlein & Comp. in Nürnberg. Preis 1. Qualität 75.-, gewöhnliche Ausgabe 50.-. Das Verlagshandbuch bemerkt in ihrer Ankündigung des neuen Kalenders u. a.:

In jedem Jahre sind wir bestrebt gewesen, irgendeine Verbesserung an unserem Kalender vorzunehmen. Bevor Jahr haben wir den Vertrag gemacht, in Bezug auf den Einband der besseren Sorte eine Änderung einzutragen zu lassen und haben die Neuerung der Artik. unserer werthen Kunden unterstellt. Dieselbe ist nicht in den Gunsten der preuß. Firma eingehalten worden, vielmehr wurden wir von allen Seiten aufgefordert, wieder zu der bestehenden Einführung des festen Klappens der Artik. zurückzukommen und dabei speziell die rothe Farbe zu bevorzugen. Wir sind diesen Wünsche nachgekommen und liefern daher in diesem Jahre Qualität 1 nur in derselben Ausstattung (briefstoffschenartig in T. um m. b. d. w. wie ferner Qualität 2 liefern in gutem Bänderband mit Bleisäulen. Da an dem Papier mancher Ausstellungen gemacht wurden, so haben wir nach dieser Richtung durchgreifend Wandel getroffen, vor allem den gelben Thon abgeschafft und völlig weißes Papier gewählt. Dasselbe ist in puncto Stoff so, daß es als gutes Schreibpapier bezeichnet werden kann. In Bezug auf die inhaltl. Seite der Betrachtung des 15. Bogen kalender verweise wir besonders auf die im Inhaltsverzeichnis erwähnte

Praktische Anleitung zur gewerblichen Buchführung, welche vielen unserer Abnehmer sehr willkommen sein wird. Auf besonderen Wunsch haben wir die Anleitung zur Berechnung der Alters- und Invaliditätsrente wiederum mit aufgenommen.

Inhalts-Verzeichnis: Kalenderblatt mit den proletarischen und katholischen Namenstagen nebst Geschäftskalenderium. — Über Alters- und Invaliditätsrente. — Tabelle zur Berechnung der Altersrente. — Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrente. — Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrente. — Aus dem Gerichtsfoliengesetz. — Aus der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. — Post-Tarif. — Dohn-Tabelle. — Multibillations-Tabelle. — Münzgewicht in Deutschland. — Über Pferdekräfte. — Maß- und Gewicht-Tabelle. — Münzweisen. — Papiergeld. — Gesetz, betreffend die Unterstzung von Familien der Friedenskämpfen eingesetzten Mannschaften. — Gesetz, betreffend Abzugs-Geschäfte. — Praktische Anleitung zu der gewerblichen Buchführung. — Die Missionen der Erde. — vom Jahre 1895. — Eine neue Post-Einrichtung, Nachnahme mittels Postkarte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabelle. — Insolvenz-Politikabend. — Schreibpapier. Die Preise dieser beiden letzteren siehe weiter.

Morgenrot. Sozialdemokratische Zeitung und Zeitgedichte. Mit einem Anhang: Prolog und Schauspiel. Von J. Stern. Stuttgart 1894. Verlag von Mag. Heizle (Calwerth, 18). Preis 60.-. In Partern bedeutenden Stabat.

Das 10. Bogen starke Büchlein umfaßt eine reichhaltige Sammlung von Gedichten mannigfaltiger Form, in denen der Geist der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt, bald in pathetischem Ernst, bald mit Humor und Satire. Der 1. Theil „Der Kreislauf des Jahres“ enthält sie sämtliche Jahreszeiten und Kalenderbeiträge, sowie die Märkte, Waage, Markt- und Pauschalreiter passende, zur Deklamation geeignete Gedichte. Der 2. Theil ist bestellt: Die sozialistische Arbeiterbewegung, der 3. Theil enthält „Schriftgedichte“, der 4. Theil „Allgemeines“. Der Anhang enthält einen Prolog zur Weihnachtsfeier und einen Prolog zu Stiftungsfesten jeder Art. Die Sammlung schließt ab mit einem Schauspiel „Organisation“, in welchem die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiter dargebracht wird. Dieses Schauspiel eignet sich umso mehr zur Aufführung bei den verschiedenen Anlässen, als nur zwei Personen zur Darstellung erforderlich sind, da es sich zwischen einem Arbeiter und seiner Frau abspielt.

#### Brieflasten.

\* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Befolkmächtigen resp. Vertrauensmänner die Nr. 86, 4. Jahrgang, des „Correspondentblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

Nürnberg, Mr. Wir haben die Postleit geschlossen und müssen daher die Aufnahme Ihres Eingesandts ablehnen. Bremen, Fr. Ihren Bericht müssten wir den so später Einspielen wegen der nächsten Nummer zurückstellen. Geben Sie doch die Briefe am Sonntag Abend, spätestens aber Montag, früh Morgens, zur Post, dann kommen sie früh genug an.

#### Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung. Die in den Befolkmächtigen Berlin II, Lübeck, Osterburg und Pinneberg als Erst- und zweitfähigste Verwaltungbeamte sind vom Vorstand bestätigt.

Diejenigen örtlichen Verwaltungen, welche die Fragebögen, betr. Leistungsfähigkeits-Auszählung, noch nicht eingehandelt haben, werden erläutert, dieses umgehend zu thun, damit die Bahnhofstellen-Verzeichnisse angezeigt werden können.

Die Mitgliedsbücher Nr. 10645, 38982, 47970, 22213 und 17886 sind als abhanden gekommen gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

Zu der Zeit vom 25. September bis 2. Oktober sind folgende Beiträge bei der Hauptstelle eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in:

Altona. M. 80, Hamburg 200; Brandenburg a. d. 104-34, Hannover 90, Grabow 1. M. 88, Lübz 1. M. 60, Celle 100, Güttrow 50, Berlin I 400, Güttin 8, Hildesheim 70, Delmenhorst 78,48, Norden 26,85, Olden 47,63, Burg a. Fehm. 24,60, Halberstadt 22, Wandsbek 108, Lauenburg 60, Kiel 200, Neu-Münster 174,94, Rellinghausen 50, Luckenwalde 52, Reichenbach 1. B. 97,69, Lüneburg 100, Breslau 80, Stehns 100, Steglitz 90, Barth 1. P. 8,88, Summe M. 2498,86.

Hamburg, den 2. Oktober 1894.

J. Köter, Neue Bremerstr. 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

#### Anzeigen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstellen-Norden.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 4/5 Uhr, bei Gründorf, Am Markt.

Tagesordnung: Vortrag und Stellmacherscher betreffend; Die Mitglieder werden erläutert, recht zahlreich zu erscheinen. [M. 1,95] Carl Rump, Bevollmächtigter.

